

UNSER PLAN



FÜR EIMSBÜTTTEL DEINEN BEZIRK

FÜR HAMBURG
DEINE STADT



INHALT

5 Wahlprogramm der GAL-Eimsbüttel

7 1. Grüne Politik im Kerngebiet: Eimsbüttel, Hoheluft-West, Harvestehude und Rotherbaum

9 1.1. Die Universität Hamburg in Eimsbüttel entwickeln

10 1.2. Die Zukunft der Osterstraße

11 2. Grüne Politik für Stellingen und Eidelstedt

11 Der A7-Deckel: Chance und Herausforderung

12 Verkehr

12 Erhalt des Ortsamts Stellingen, Stärkung des Ortsausschusses

13 Zentrenentwicklung

14 Stärkung des Eidelstedt-Centers

14 Bebauungsplan-Entwurf Stellingen 63, Stellinger Hof.

14 Was passiert nun hinsichtlich der „Neuen Mitte Stellingen“?

15 Entwicklung am südlichen Rand von Nachverdichtung

15 Stellinger Boulevard

15 Grün und Umwelt

16 Weitere wichtige Themen

17 3. Grüne Politik für Lokstedt, Niendorf und Schnelsen: Mitten in der Stadt auf dem Land

18 3.1. Soziale Stadtentwicklung in Schnelsen

18 3.2. Natur und Infrastruktur in Niendorf

19 3.3. Planen mit Augenmaß in Lokstedt

21 4. Umwelt- und Naturschutz in Eimsbüttel

25 5. Verkehr in Eimsbüttel

25 Grüne Mobilität

26 Bequem zu Fuß gehen

27 Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern

27 Teilen statt besitzen:

15 Stadtrad und Carsharing

-
- 28** Autos und ruhender Verkehr
-
- 28** Gemeinschaftsstraßen
-
- 31** **6. Stadtplanung und Bauen – mit Augenmaß, zukunftsfähig, sozial**
-
- 31** Bauen und Wohnen
-
- 32** Soziale Stadtteilentwicklung
-
- 34** **7. Bildung und Sport**
-
- 35** **8. Kinder- und Jugendpolitik**
-
- 39** **9. Gesundheit und Soziales**
-
- 39** Gesundheitliche Situation älterer Menschen
-
- 39** Wohnortnahe hausärztliche Versorgung
-
- 39** Früherkennung und Prävention im Kleinkindalter
-
- 40** Situation in den Krankenhäusern
-
- 40** Prävention durch gesunde Ernährung und Sport
-
- 40** Prävention durch Hilfen gegen Burn-out
-
- 40** Sucht
-
- 40** Obdachlosigkeit

-
- 40** Verhinderung von Armut
-
- 41** Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
-
- 41** Ausbau/Schaffung von Stellen in der aufsuchenden Sozialarbeit im Bezirk
-
- 42** **10. MigrantInnen in Eimsbüttel - Integration und Vielfalt**
-
- 42** Integration durch Sport
-
- 43** Hilfe für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund
-
- 44** **11. Wirtschaft in Eimsbüttel**
-
- 45** **12. Kultur und Medien**
-
- 45** Kreativwirtschaft
-
- 46** Stadtteilkultur
-
- 46** Musik
-
- 46** Bücherhallen
-
- 46** Medien und eGovernment
-
- 48** **Unsere KandidatInnen für Deinen Bezirk**

IMPRESSUM

GAL Eimsbüttel

Methfesselstraße 38 • 20257 Hamburg
Tel: 040 - 4014245 • Fax: 040 - 4908657
E-Mail: kreisvorstand@gal-eimsbuettel.de
www.gal-eimsbuettel.de

V.i.S.d.P.: Michael Zimmermann
Grafik & Layout: Christoph Jöns

FÜR EIMSBÜTTEL DEINEN BEZIRK

Wahlprogramm der GAL-Eimsbüttel
zur Wahl der Bezirksversammlung
am 20. Februar 2011

Liebe Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler,

unser Bezirk ist lebenswert! Jeder Stadtteil, von Harvestehude bis Eidelstedt, hat seinen eigenen Charakter. Und die Menschen fühlen sich hier wohl. Eimsbüttel, das steht für Lebensqualität und nachbarschaftliches Miteinander. Nicht umsonst gehören die meisten Stadtteile in diesem Bezirk zu den beliebtesten Wohngebieten Hamburgs. Der starke grüne Akzent in der Kontinuität rot-grüner Politik im Bezirk ist sichtbar.

Das dicht besiedelte Eimsbütteler Kerngebiet gilt als familienfreundlichstes Quartier in Hamburg. Wir haben dafür gesorgt, dass die Eimsbütteler Kommunalpolitik eine eindeutig grüne Handschrift trägt. Wir setzen uns dafür ein, dass Grünflächen erhalten, ansässige mittelständische Unternehmen gestärkt und Familien mit Kindern in der Verkehrs-, Sozial- und Wohnungspolitik gefördert werden. Im Rahmen der bezirklichen Entwicklungsplanung wurde deutlich: Ältere Menschen und Familien haben oft gleiche Interessen, wenn es um die Gestaltung öffentlicher Räume geht. Den demografischen Wandel wollen wir daher als Chance für die Stadtentwicklung in unserem Bezirk nutzen.

Der Bau des Deckels in Stellingen und Schnelsen ist eine Chance für mehr Lebensqualität in diesen Stadtteilen. Aber: Der massive Durchgangsverkehr über die Kieler Straße durch Stellingen bleibt als

Problem. Hier wollen wir verstärkt Lösungen finden.

Die von uns im Bezirk angestrebten Verbesserungen im Radverkehr sind inzwischen schrittweise angegangen worden. Hier wird es künftig darauf ankommen, dass der Senat noch deutlicher Prioritäten für den Radverkehr setzt. Für Eimsbüttel ist es langfristig notwendig, dass immer mehr Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen und aufs Auto verzichten. Die knappen Flächen in Eimsbüttel sollten weniger Parkplatz sein, als Flächen für Menschen. Um diesen Umstieg zu ermöglichen, ist ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr zwingende Voraussetzung. Die Stadtbahn würde es ermöglichen, dass der 5-er-Bus, der durch Überfüllung wenig attraktiv ist, durch ein leistungsfähiges Schienensystem ersetzt wird. Eine solche Investition rechnet sich langfristig auf jeden Fall. Doch wie bei allen größeren Planvorhaben – darunter Gemeinschaftsstraße und Universität - gilt auch für die Stadtbahn: Wir wollen Strukturen schaffen, damit Bevölkerung, Politik und Verwaltung in einen Dialog treten, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die von breiten Mehrheiten getragen werden.

Wie wir vor Ort Politik gestalten können, wird davon abhängen, inwieweit der neue Senat den Bezirken auch Möglichkeiten zum Handeln lässt. Sparvorgaben im Übermaß zerstören unseren Handlungsspielraum. Aus unserer Sicht, ist es sinnvoll, dass die Bürgerinnen und Bürger

bezirkliche Gremien und Ansprechpartner vor Ort haben, mit denen sie ihre Anliegen diskutieren können.

Wir verstehen Kommunalpolitik als anwaltliche Politik für die Menschen vor Ort. Soziale Infrastrukturen wollen wir sichern und stärken. Das Leben mit Kindern und Jugendlichen muss möglich sein; das Zusammenleben von Jung und Alt Selbstverständlichkeit in Eimsbüttel werden. Die Vielfalt in unserem Bezirk sehen wir als Chance, erkennen aber auch Probleme, die wir benennen und angehen wollen. Wir stellen uns der Herausforderung, die vielfältigen Bildungsangebote von Jugendhilfe und Schule vor Ort zu stärken und deren gleichberechtigte Zusammenarbeit zu begleiten.

Als Bürgerrechtspartei wollen wir, dass sich viele Menschen an der Politik beteiligen. Bei der Wahl der Bezirksamtsleitung in der vergangenen Wahlperiode war ein wesentliches Entscheidungskriterium für die GAL: neue Wege von stärkerer Transparenz bezirklicher Verwaltung und mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen. Dieser Schwerpunkt wird jetzt bereits angegangen. Wir laden Sie ein, unsere Stadtteile mitzugestalten: in Initiativen und Vereinen, in Planungswshops, Ausschüssen – und gerne auch in der GAL!

Die Chancen des neuen Wahlrechtes nutzt die GAL, um Ihnen auf der Bezirksliste und den Wahlkreislisten für die Bezirksversammlung ein Personalangebot zu machen, aus dem Sie durch Ihre Stimme auswählen können. Am 20. Februar werben wir um Ihre Stimme. Entscheiden Sie sich für einen nachhaltig planenden, sozial gerechten und bürgernahen Bezirk – für ein grünes Eimsbüttel!

1. Grüne Politik im Kerngebiet: Eimsbüttel, Hoheluft-West, Harvestehude und Rotherbaum

Eine hohe Attraktivität zeichnet die Stadtteile des Kerngebiets von Eimsbüttel aus – und ein gutes Miteinander von jungen Familien, älteren Menschen und sowie mal besser, mal schlechter verdienenden Singles. Durch den ÖPNV gut angebunden, verfügt dieser am dichtesten besiedelte Hamburger Regionalbereich über ein vielfältiges Angebot an Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schulen sowie über zahlreiche Altenwohnanlagen. Die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs lässt sich ohne lange Wege regeln, zudem machen viele kleine und größere Grünanlagen sowie zahlreiche Freizeitangebote das Kerngebiet lebens- und liebenswert.

Allerdings fällt es mehr und mehr Menschen schwer, mit einer Entwicklung Schritt zu halten, die von steigenden Mieten in den sanierten Wohnungen und den erstellten Neubauten geprägt ist. Alteingesessene BewohnerInnen, Haushalte mit Kindern und NormalverdienerInnen ziehen weg, eine zunehmende Exklusivität droht, das bisher bunte Miteinander in den Stadtteilen zu verdrängen. Die Wiedereinführung der **Sozialen Erhaltungssatzung und Umwandlungsverordnung** wie die GAL sie für Eimsbüttel-Süd stets gefordert hat und zuletzt auch mit Unterstützung von BürgerInnen und anderen Fraktionen auch durchsetzen konnte, streben wir für weitere von

Verdrängung bedrohte Stadtteile an.

Die von uns gewünschte **Förderung von Baugemeinschaften** und Wohnprojekten stößt an im Kerngebiet an ihre natürlichen Grenzen: den Mangel an geeigneten Flächen bzw. bezahlbaren Grundstücken. Hier können solche Projekte nur schwer mithalten. Dennoch wollen wir sie unterstützen, wo immer das möglich ist. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die notwendige energetische Sanierung des Baubestandes im Kerngebiet. Die dadurch auf die MieterInnen zukommende Preisentwicklung muss allerdings abgefedert werden.

Parks und Grünflächen sind gerade im dicht bebauten Kerngebiet Eimsbüttels wichtig und kostbar. Das Isebek-Ufer, der Park am Weiher, der Alsterpark, die Moorweide und auch die ruhigen Hinterhöfe müssen bewahrt, aber auch sinnvoll gepflegt werden, damit sie möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern nützen und zugleich wertvolle Biotope bleiben. Dabei gibt es manchmal auch Zielkonflikte - wie an der Isebek. Hier wollen wir vermitteln und den Ausgleich suchen - zwischen dem Anspruch auf wertvolle Naturräume und dem Wunsch einer urbanen Bevölkerung nach adäquaten Naherholungsmöglichkeiten. Sinnvolle, behutsame Nachverdichtung unter Berücksichtigung des Erhalts von Stadtgrün ist uns ein zentrales Anliegen. Gerade auch vor diesem Hintergrund





ist eine größtmögliche und frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung an Planungen unbedingt notwendig. An den Verbesserungen in den Beteiligungsprozessen - auch über das rechtlich notwendige Maß hinaus - wollen wir uns beteiligen.

Die notwendige Sanierung und den **Ausbau der Universität** im Stadtteil begrüßen wir ausdrücklich. Diese Entwicklung haben wir von Beginn an angestrebt. Freilich werden Belastungen im Stadtteil über lange Zeit unvermeidbar sein. Diese möglichst gering zu halten und die Planungen im Einklang mit den Vorstellungen und Wünschen der Bevölkerung und Gewerbetreibenden voranzubringen, ist unser Ziel. Ein Auftakt ist bereits gemacht, dieser Prozess soll fortgesetzt werden.

Unser besonderes Augenmerk richtet sich auch auf die Entwicklung der bezirklichen Zentren und Wochenmärkte. Funktionierende Einkaufsmeilen wie in der Osterstraße oder der Hoheluftchaussee sowie der Wochenmarkt in der Grundstraße sollen öffentliche Orte mit Aufenthaltsqualität sein oder wieder werden.

Beispielhaft sei hier der Gedanke an die Planung einer **Gemeinschaftsstraße** in der Osterstraße genannt, den wir gern in Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden sowie den Anwohnerinnen und Anwohnern weiterverfolgen. Aber auch die Wiederbelebung des Marktes Grundstraße am Mittwoch, eventuell auch durch die Verlegung der Öffnungszeiten auf den Nachmittag, streben wir mit Nachdruck an.

Die **Mobilität im Kerngebiet** muss weiter verbessert werden. Seit Langem setzen wir uns für barrierefreie und behindertengerechte Zugänge an der U-Bahn Osterstraße ein - die Hochbahn ist diesen Forderungen

bisher nicht nachgekommen. Wir werden den Druck aufrechterhalten. Künftige Planungen und bauliche Veränderungen dürfen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Autofreundlichkeit gesehen werden. Wir benötigen auch für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und ÖPNV-NutzerInnen ansprechende und sichere Bedingungen, um auf den Gebrauch von Autos in der Stadt möglichst oft und leicht zu verzichten.

Spielflächen für Kinder sollen in besonderem Maß geschützt, gepflegt, erneuert und pädagogisch wie ökologisch sinnvoll gestaltet werden. Dass die Verwaltung ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen muss, darf hier nicht der einzige Maßstab sein. Kinder und Jugendliche brauchen für ihre soziale und körperliche Entwicklung angemessene Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten. Darüber hinaus sind wohnortnahe Kinderbetreuungseinrichtungen unbedingt erforderlich. Bei der Neuplanung bzw. beim Ausbau bestehender Einrichtungen gehört allerdings ein konstruktiver, lösungsorientierter Dialog mit der Bevölkerung unbedingt dazu.

1.1. Die Universität Hamburg

Die Universität bleibt in Eimsbüttel. Dies konnte in der vergangenen Legislatur u.a. durch das Engagement des Bezirkes Eimsbüttel und der GAL durchgesetzt werden. Nun geht es darum, die Hochschule zu sanieren und zu modernisieren - zunächst am Campus Bundesstraße, dann auch am Campus Von-Melle-Park. Ziel der Neugestaltung muss die **Integration der Campus-Universität** in den Stadtteil sein. Um dies sicherzustellen, hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung zusammen mit dem Bezirk Eimsbüttel ein Beteiligungsverfahren initiiert, das die GAL ausdrücklich begrüßt und aktiv begleitet.

Hier geht es darum, gemeinsam mit den Anwohnern, den Lehrenden und Studierenden Konzepte zu entwickeln, die dem Bild einer offenen, für alle zugänglichen Forschungs- und Bildungseinrichtung entsprechen. Die Universität ist immer auch ein Ort der Begegnung, der Diskussion, des Austausches. Zu planen sind attraktive Verbindungen zwischen den Campus-Bereichen Bundesstraße, Von-Melle-Park und Rothenbaumchaussee sowie Boulevards und Plätze, an denen Cafés, Läden und Kneipen zum Verweilen einladen. Bei der Gestaltung des MIN-Campus wollen wir das Grün zwischen Schröderstift und Geomatikum wegen seiner besonderen Bedeutung integrieren. Dabei sollen auch Naturschutzaspekte eine Rolle spielen und für die BürgerInnen und die Angehörigen der Universität Grünflächen zur Erholung

eingepflanzt werden. Wir wollen ein lebendiges Quartier erhalten und ausbauen, in dem auch Raum ist für kleine Gewerbebetriebe und Startups.

Der Verkehr zwischen den Campus-Bereichen ist neu zu gestalten: Bundesstraße und Grindelallee, die den Campus bislang eher zerschneiden, müssen als verbindende Verkehrswege neu konzipiert werden. Denkbar ist, die Bundesstraße im Abschnitt Rentzelstraße – Beim Schlump in eine Gemeinschaftsstraße umzuwandeln. Die Grindelallee wird ein wichtiger Verkehrsweg in die Innenstadt bleiben müssen; aber der stark wachsende Fahrradverkehr ist zumindest im Campus-Bereich angemessen zu berücksichtigen. Hier sollte eine großzügige Fahrradspur eingerichtet werden. Mehr Fußgängerüberwege sollten das Trennende der Straße überwinden helfen; eine Tempo-30-Zone im Abschnitt Beim Schlump – Rentzelstraße ist sinnvoll. Davon ausgenommen werden kann der Bus-Verkehr. Mittelfristig sollten die Busse durch die Stadtbahn ersetzt werden.

Auch hier gilt: Wir wollen die Planungen nicht gegen die Bevölkerung durchsetzen, sondern mit den Eimsbüttelerinnen und Eimsbüttelern einen intensiven Dialog führen. Wir werden uns für intelligente Beteiligungskonzepte einsetzen, damit die Resultate von breiten Mehrheiten getragen werden.



1.2. Die Zukunft der Osterstraße



Die Neugestaltung der Osterstraße ist maßgebend für die Entwicklung des Stadtteils. Ihren Charakter als attraktive Einkaufsstraße mit vielen inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften, als Ort der Begegnung mit interessanten Kneipen und Lokalen muss sie behalten. Zugleich muss die Verkehrssituation deutlich entspannt und der dauerhafte Konflikt zwischen Auto-, Rad- und Fußverkehren gerade hier entschärft werden. Dies zu gewährleisten, ist eine der größten Herausforderungen für die Eimsbütteler Bezirkspolitik.

Die Osterstraße als Gemeinschaftsstraße darf nicht länger nur ein Thema auf dem Wunschzettel sein. Die Stadtentwicklungsbehörde und Eimsbütteler Verwaltung haben in der auslaufenden Legislatur die Machbarkeit geprüft und kamen zu sehr positiven Ergebnissen. Dabei hat sich gezeigt, dass nicht nur die VerkehrsteilnehmerInnen von dieser Maßnahme profitieren, sondern auch die Gewerbetreibenden. Dort gibt es seit langem den Wunsch, einen Business Improvement District (BID) zu gründen. Und tatsächlich decken sich viele Ziele eines BID mit denen einer Gemeinschaftsstraße:

- ▶ Reduzierung der Verkehrsfläche für den motorisierten Verkehr, mehr Platz für RadlerInnen und FußgängerInnen. Mehr Platz zum Bummeln und Flanieren!
- ▶ Schaffung von Lade- und Lieferzonen sowie von Kurzzeitparkplätzen.

- ▶ Durchdachte Straßenmöblierung und Beleuchtung.
- ▶ Mehr Grün im Straßenraum.

Es lohnt sich also, die Neugestaltung der Osterstraße mit dem BID-Prozess zu koppeln; BID und Gemeinschaftsstraße müssen zusammen gedacht, diskutiert, geplant und nicht zuletzt auch finanziert werden. Politik und Verwaltung müssen bei der Planung aber auch entstehende Probleme lösen: den Wegfall von Langzeitparkplätzen oder drohende Ausweichverkehre.

Die Ausgestaltung von Gemeinschaftsstraße und BID sind völlig frei. Es gibt keine Normen oder Vorschriften, die uns diktieren, wie beide Maßnahmen aussehen müssen. Das erlaubt es uns, in einen intensiven und ergebnisoffenen Dialog mit der Bevölkerung und den Gewerbetreibenden zu treten. Eine Planung gegen die Menschen wird es nicht geben. Deshalb wird sich die GAL dafür einsetzen, Strukturen zu schaffen, die einen breiten Beteiligungsprozess mit großer Eingriffstiefe für die Vorschläge der Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler gewährleisten. Klar ist freilich auch, dass in der Osterstraße großer Handlungsdruck besteht und dass die Gemeinschaftsstraße die zukunftsfähigste Lösung darstellt.

Die GAL setzt sich dafür ein, dass unverzüglich nach den Wahlen alle zu beteiligenden Akteure zusammenkommen und das weitere Vorgehen diskutieren und planen.

2. Grüne Politik für Stellingen und Eidelstedt

Kein anderes Quartier in Hamburg leidet so unter Lärm wie der Regionalbereich Stellingen/Eidelstedt. Nicht nur die A7 trägt zu dieser schweren Belastung bei, sondern auch ihre großen Zubringerstraßen, die Bahn und – nicht zu vergessen – der Fluglärm. Langfristig wird durch die Überdeckung der Autobahn eine spürbare Verbesserung eintreten, doch die Bauphase verheißt neue Verkehre, neuen Lärm. Die GAL setzt sich dafür ein, dass diese Belastungen im Rahmen bleiben und dass Verwaltung und Politik deshalb in den Dialog mit der Bevölkerung treten. Doch Stellingen und Eidelstedt stehen nicht nur für Verkehr. Mit der Eidelstedter Feldmark und der Stellingener Schweiz verfügen beide Stadtteile über wertvolle Naturräume, deren Schutz zu den vornehmsten Zielen der GAL Eimsbüttel zählt. Auch die zunehmende Zentralisierung in der Verwaltung und die drohende Schwächung der Stadtteilzentren sind eine Herausforderung für die Politik.

Der A7-Deckel:

Chance und Herausforderung

Die Verdeckung der A7 im Bereich des Stellingener Zentrums (zwischen Kieler Straße und der Güterumgehungsbahn) wird langfristig deutliche Verbesserungen für den Stadtteil bringen und ist ein großer Erfolg auch für die

Bemühungen der Initiative und der Kommunalpolitik.

Für die BürgerInnen in Stellingen ist der Deckel ein großer Gewinn an Lebens- und Wohnqualität. Die Belastungen durch Schadstoff und Lärm sind nachhaltig gemindert. Mitten im Stadtteil entsteht eine grüne Lunge, die auch Raum für Naherholung bietet. Bis zur Fertigstellung werden dem Stadtteil allerdings beträchtliche Belastungen während der Bauphase bevorstehen, die es gilt, möglichst verträglich zu gestalten. Belastungen der AnwohnerInnen während der Bauphase müssen so weit wie möglich gemildert werden.

Wir setzen uns für eine transparente Planung ein, unter bestmöglicher Information und Einbeziehung der AnwohnerInnen. Wir wollen, dass die Vorschläge der Bevölkerung zur Gestaltung der Deckeloberfläche weitgehend in die Planung aufgenommen werden. An der Gestaltung öffentlicher Flächen auf dem Deckel wollen wir Kinder und Jugendliche beteiligen.

Bezüglich des Autobahnausbaus fordern wir:

► „Ortsumgehung Stellingen“ – das bedeutet die Ableitung des Fernverkehrs ab Eimsbütteler Marktplatz zur A7-Anschlussstelle Volkspark. Die Maßnahme entlastet die Kieler Straße und heißt weniger Lärm für deren AnwohnerInnen. Wir setzen uns





dafür ein, dass der Tunnel unter der Stellingener Autobahnauffahrt in Richtung Norden durch eine benutzerInnenfreundliche Lösung ersetzt wird. Es muss gewährleistet werden, dass die Kieler Strasse nach dem Autobahnausbau nicht mehr belastet wird als vorher (z.B. durch spezielle Ampelschaltungen der Abfahrt Stellingen bei Autobahnstaus oder durch Schließung der Stellingener Auffahrt in Richtung Süden).

Der Theodor-Schäfer-Damm muss Sackgasse bleiben. Es darf kein Durchbruch zum Flamingoweg gebaut werden. Nach Abschluss des Deckelbaus ist das „Hagenbeck-Viertel“ (Birkhahnweg, Pinguinweg etc.) durch geeignete Maßnahmen vor dem von der Kieler Straße herüberschallenden Lärm zu schützen. Eine Sperrung des Wördemannswegs während der Bauphase muss nach Möglichkeit vermieden werden, insbesondere eine Unterbrechung des Busverkehrs.

Verkehr

Lärm und Abgase gefährden die Gesundheit der BürgerInnen. Daher wollen wir zum Schutz rückwärtiger Bereiche Baulücken an Hauptverkehrsstraßen im Zuge von Neubauvorhaben schließen (wie aktuell am Paciusweg/Kieler Straße). Wir setzen uns ein für Bestandspflege in den Wohn- und Gewerbegebieten sowie für Nachverdichtungen an geeigneten Standorten.

Die GAL Eimsbüttel steht für eine Verkehrsberuhigung in den Wohnstraßen, insbesondere durch Verminderung des Schleichwegeverkehrs und den Ausbau des

Parkleitsystems für den Bereich Hagenbeck sowie gegebenenfalls für weitere verkehrsberuhigte Straßen.

Eine Verringerung des Gewerbeverkehrs im Straßenzug Rohlfsweg - Wittenmoor würde die hohen Belastungen für die Siedlung Flaßheide verringern. Trotz zahlreicher verborgener Versuche werden wir die Bemühungen darum fortsetzen.

Wir wollen die Wegenetze für FußgängerInnen und RadfahrerInnen verbessern, möglichst auch durch abmarkierte Radwege auf den Straßen. Wegeverbindungen abseits von Straßen wollen wir erhalten und ausbauen. Vorhandene Radwege – etwa an der Hagenbeckstraße oder der Pinneberger Chaussee – müssen dringend instand gesetzt werden.

Wir fordern die Schienenabbildung der Arenen durch eine Stadtbahn für Stellingen und Eidelstedt, und Optimierung des Parksuchverkehrs zu und während Veranstaltungen in den Arenen.

Nachdem es gelungen ist, den 40-Minuten-Takt der AKN durch Taktverdichtung fast völlig aufzuheben, streben wir den Ausbau der AKN-Strecke für die S-Bahn an.

Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung und Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes Stellingen.

Erhalt des Ortsamts Stellingen, Stärkung des Ortsausschusses

Schon einmal, 1999, sollte das Ortsamt Stellingen geschlossen werden. Damals hatte der massive Protest der StellingenerInnen und der GAL die Schließung verhindert. Die geplanten Einsparungen dürfen auf keinen Fall zu Lasten der Bürger von

Stellingen und Eidelstedt gehen. Durch die Schließung der Ortsämter ging weiterer Einfluss der kommunalen Selbstverwaltung verloren. Die GAL setzt sich deshalb dafür ein, dass die Bezirke eigenständig entscheiden können, ob und wo sie Ortsämter betreiben wollen.

Die GAL steht für eine volksnahe Demokratie und Verwaltung. Die Schließung von Kundenzentren oder das Zusammenlegen eben dieser entspricht nicht unserer Auffassung einer bürgernahen Verwaltung. Wir brauchen **dezentrale Anlaufstellen für die BürgerInnen**. Das Kundenzentrum in Stellingen wollen wir deshalb unbedingt erhalten. Wir streben dort eine personelle Ausstattung an, die einen reibungslosen Dienstbetrieb gewährleistet.

Die Stelle einer/s Regionalbeauftragten soll mindestens 20 Wochenstunden umfassen. Unterausschüsse des Ortsausschusses sollen von diesem mit zugewählten BürgerInnen eigenständig besetzt werden.

Um die verlorene Bürgernähe wiederherzustellen und um den Einfluss des Ortsausschusses zu stärken streben wir an, in der kommenden Legislaturperiode als Modellversuch eine/n ehrenamtliche/n Bürgervorsteher/in zu wählen. Diese Person würde dem Ortsausschuss vorsitzen, müsste nicht parteilich gebunden sein und soll als eine Art OrtsbürgermeisterIn den Belangen der Stadtteile Eidelstedt und Stellingen gegenüber dem Senat, dem Bezirk und der Öffentlichkeit mehr Gewicht verleihen.

Wir setzen uns ein für die rechtzeitige Information und umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Erschließung von Straßen und bei der Planung von Bau- und Wohnprojekten. Das bereits von der Bürgerschaft be-

schlossene neue Wegegesetz muss hierzu endlich umgesetzt werden!

Zentrenentwicklung

In der zu Ende gehenden Legislatur mussten wir mit dem Bau des Möbelgroßmarktes an der Holsteiner Chaussee einen schweren Rückschlag hinnehmen. Bitter nicht nur für uns, sondern vor allen Dingen für die Menschen in Eidelstedt. Wir haben uns bis zuletzt mit aller Kraft für eine nachhaltige Gewerbeentwicklung an der Holsteiner Chaussee eingesetzt.

Wir setzen uns nun dafür ein, die verkehrlichen und sozialen Folgen dieser Ansiedlung nach Möglichkeit zu begrenzen. Die Erlöse aus der Stiftung des Investors sind hierbei nur ein Baustein. Wir benötigen Angebote für Kinder und Jugendliche in den umliegenden Quartieren, die ehrenamtlichen Projekte dort benötigen dringend Unterstützung. Ihre Fortführung ist für die Situation in den Nachbarschaften von großer Bedeutung.

Ebenso wollen wir uns stark machen, dass in Eidelstedt und Stellingen der lokale Einzelhandel und eine lokale Nahversorgung gewährleistet und gefördert werden. Die lokalen Zentren am Eidelstedter Platz und der Stellingener Hof sollen gestärkt bzw. in ihrem Bestand gesichert werden.

Die **Attraktivitätssteigerung des Eidelstedter Zentrums** ist wichtig für die weitere Entwicklung dieses Stadtteils. Der Bezirk hat hier bereits Hilfestellung gegeben, gutachterliche Stellungnahmen wurden eingeholt. Nun gilt es, die Vorschläge auch umzusetzen. Angebote für jüngeres Publikum sollen gemacht werden. Attraktive Geschäfte, etwa in den Bereichen Beklei-





dung und Elektronik, sollen angesiedelt werden. Hier gilt es allerdings, eine sorgfältige Abwägung in Bezug auf den Erhalt der nur spärlich vorhandenen Freiflächen zu treffen.

Wir sprechen uns klar gegen einen Umbau des Eidelstedter Platzes zu Lasten der FußgängerInnen aus. Die Verkehrsinseln müssen als subjektiver Schutz für ältere und gehbehinderte Menschen erhalten bleiben. Der Verkehr in und durch Eidelstedt muss verringert, nicht vermehrt werden.

Im Einzelhandel gilt unser Bemühen dem Schutz der kleinen und mittelständischen Betriebe. Durch Schaffung von Planrecht versuchen wir, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die bezirklichen Zentren und Nebenzentren zu schützen und weiterzuentwickeln (wie eben auch das Eidelstedter Zentrum und Stellingener Hof).

Stärkung des Eidelstedt-Centers

Eidelstedt braucht eine attraktive Mitte. Mit dem Bürgerhaus, dem Wochenmarkt und dem Eidelstedt Center ist gibt es hier eine gute Basis. Doch das reicht nicht. Wir setzen uns für den ökonomisch dringend notwendigen Ausbau des Eidelstedt-Centers ein. Dabei favorisieren wir den Ausbau in Richtung Lohkampstraße.

Der kleine Platz zum Markt hin mit dem alten Baumbestand muss unbedingt erhalten werden. Wir wünschen uns eine kreative Lösung, um die Nutzung des Platzes zu steigern und ihn attraktiver zu machen. Den eingeschlagenen Weg einer Quartiersentwicklung sehen wir als Schritt in die richtige Richtung. Wir rufen die Gewerbetreibenden am Eidelstedter Platz nach dem Vorbild einiger anderer Stadtteilzentren zu

noch mehr gemeinsamen Aktivitäten und auch Investitionen zum Beispiel im Rahmen eines oder mehrerer Business Improvement Districts auf.

Bebauungsplan-Entwurf Stellingingen 63, Stellingener Hof.

Im Stellingener Hof hat sich neben Supermärkten und Restaurants auch allerlei Gewerbewildwuchs angesiedelt. Wir wollen ein Planrecht schaffen, dass dem Einzelhandel Bestandsschutz garantiert, aber weiteren Zuwachs von zentrenschädigendem Einzelhandel ausschließt.

Der Bebauungsplan-Entwurf Stellingingen 63 gefährdet in der jetzigen Form nicht die Einkaufsmöglichkeiten der Stellingener BürgerInnen, die darauf angewiesen sind. Für viele StellingenerInnen sind keine anderen Geschäfte zu Fuß und barrierefrei zu erreichen.

Was passiert nun hinsichtlich der „Neuen Mitte Stellingingen“?

Angesichts der großen Planungsunsicherheiten bezüglich der eventuellen Verlagerung des Informatikums der Universität zurück zum Campus an der Bundesstraße lässt sich nicht verlässlich sagen, ob das Thema in der kommenden Legislatur überhaupt weiterverfolgt werden kann. Grundsätzlich spricht sich die GAL dafür aus, dass Stellingingen endlich ein kleines Zentrum bekommt, das mit Festplatz und Fußgängerbereich, eventuell einem kleinen Markt und einigen Nahversorgern ein **identitätsstiftendes Milieu** aufbauen kann.

Voraussetzung hierfür wäre eine Zusam-

menfassung der sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Neubauten. Dazu gehört der Stellingener Bürgertreff mit seiner Bücherstube ebenso wie das Vereinsheim des TSV Stellingen mit Geschäftsstelle, Versammlungssaal, Gymnastikhalle und Restauration. Ca. 200 dringend benötigte Wohnungen könnten auf der jetzigen Fläche der Sportplätze entstehen, die durch zwei neue Kunstrasenplätze auf dem Gebiet des jetzigen Informatikums an der Vogt-Kölln-Str. (800 Meter nördlich) ersetzt werden würden. Geschlossene Blocks am Sportplatzring würden für spürbaren Lärmschutz bis fast zum Wördemannsweg hin sorgen.

Entwicklung am südlichen Rand von Nachverdichtung

Am südlichen Rand von Stellingen leben immer mehr Menschen. Durch die geplante Verlegung der Kleingärten westlich der Högenstraße auf den Autobahndeckel soll noch mehr Raum für Wohnungsbau geschaffen werden. Unabhängig hiervon findet schon heute eine Nachverdichtung der Bebauung in diesem Bereich statt. Hierdurch wird dringend benötigter, neuer Wohnraum geschaffen. Das Stadtteilbild verändert sich zu einer urbaneren Bebauung. Daher muss dieser Entwicklung dringend die Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung angepasst werden. Wir brauchen Verkehrsberuhigung in neuen Wohnstraßen, gezielten Rückbau von Kreuzungen, um das Überqueren von Straßen zu ermöglichen, Naherholungsflächen und Spielplätze.

Stellingener Boulevard

Der obere Teil des Langenfelder Damms, der zur Kieler Straße führt, bietet das Potential, einen Stellingener Boulevard zu schaffen. Die momentane straßenbauliche Situation verschwendet nutzlos öffentlichen Raum für Parkplätze und parallele Straßenführungen, während die Fußwege gerade im Bereich der Geschäfte sehr schmal sind. Bei einer Neustrukturierung könnten hier öffentliche Freiflächen entstehen, der Fuß- und Radverkehr mehr Platz bekommen und die Gewerbetreibenden Flächen vor ihren Geschäften besser nutzen. Je nach Ausgestaltung würden nur wenige Parkplätze wegfallen. Langfristig könnte der Stellingener Boulevard die Versorgung mit lokalen Geschäften der angrenzenden Stadtteile wie etwa der Stellingener Linse verbessern.

Grün und Umwelt

Die Stellingener Linse und der Bereich des Eidelstedter ICE-Werkes leiden unter zahlreichen Umweltbelastungen. Wir setzen uns für eine Lärminderung im Bereich des ICE-Werks und der Waschanlage der DB ein und werden die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Bahn weiter unterstützen. Ein möglichst vollständiger Lärmschutz am Verlauf der Strecke der Güterumgehungsbahn kann nur mithilfe des Senats und des Bundes erreicht werden.

Die GAL Eimsbüttel setzt sich dafür ein, dass ein „Grüngürtel“ um das Eidelstedter Zentrum angelegt wird. Die Begrünung (Straßenbäume) der großen Verkehrsachsen (insbesondere Kieler Straße,





Volksparkstraße, Sportplatzring, Koppelstraße) ist ein Ausgleich für die relativ schlechte Grünbilanz der Stadtteile.

Die Eidelstedter Feldmark muss unter Abwägung von Naturschutz-, Erholungs- und Landwirtschaftsbelangen gesichert und geschützt werden.

In der Stellingener Schweiz und der Eidelstedter Feldmark muss zum Schutz von Wiesenbrütern und Wildtieren ein Freilaufverbot für Hunde gelten.

Wir setzen uns für die Schaffung des Stadtparks Eimsbüttel ein. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Stellingen und der Nachverdichtung des Stadtteils sind zusätzliche öffentliche Naherholungsflächen für die Menschen erforderlich. Von dem Stadtpark würden das Kerngebiet, Lokstedt und Stellingen profitieren. Eine erste Keimzelle wird hinter der Stadtteilschule Stellingen momentan errichtet. Das nächste Tielstück ist nach der Fertigstellung des Autobahndeckels auf dem Gelände der Kleingärten westlich der Högenstraße geplant. Geräumige Wege zu Fuß und für Fahrräder müssen die entstehenden Park-elemente erlebbar verbinden. So wollen wir die durchgängigen Grünzüge in Eimsbüttel stärken und die Stadtteile verbinden. An den Rändern des Stadtparks sollen weiterhin Kleingärten bestehen. Längerfristig soll ein Teil der momentan vorhandenen Kleingärten beiderseits der Hagenbeckstrasse bei Aufgabe durch die Nutzer oder durch die Schaffung von Ersatzflächen durch öffentliche Grünflächen ersetzt werden.

Weitere wichtige Themen

Auch nach der Eröffnung des Hagenbeck-Hotels setzt sich die GAL weiter für eine

nachhaltige Sicherung des Standortes Hagenbecks Tierpark ein und unterstützt Bemühungen z.B. für ein Verkehrskonzept oder Parkleitsystem.

Das Rathaus Stellingen könnte sich nach dem Wegzug etlicher Verwaltungseinheiten auch für soziale Einrichtungen öffnen. Diesbezügliche Prüfungen werden von der GAL befürwortet.

Die Förderung und Erhalt des Bürgertreffs Stellingen und des Eidelstedter Bürgerhauses ist eine wichtige Forderung für die kommenden Jahre. Dazu gehören auch Überlegungen, wie eventuelle Erweiterungsbestrebungen der Häuser unterstützt werden können.

3. Grüne Politik für Lokstedt, Niendorf und Schnelsen: Mitten in der Stadt auf dem Land

Lokstedt, Niendorf und Schnelsen sind beliebte, citynahe Wohnstandorte. Zahlreiche Grünflächen ermöglichen die Freizeitgestaltung und Erholung direkt vor Ort, und dank der guten ÖPNV-Anbindung sind viele Ziele in der Stadt gut erreichbar. Die Attraktivität der Stadtteile manifestiert sich auch in einer hohen Nachfrage nach Wohnraum. Der Bauprozess für die geplante Überdeckung der A7 und der Ausbau der A23, die Ansiedlung eines Möbel-Großmarktes, die durchgeführte „Ertüchtigung“ der Güterumgebungsbahn sowie der zunehmende Auto- und Flugverkehr beeinträchtigen jedoch die Lebensqualität im Quartier. Darüber hinaus werden zahlreiche neue Flächen für Wohnbebauung ausgewiesen, sodass die Verdichtung zunimmt und Flora und Fauna zurückgedrängt werden.

Die GAL wird sich bei den bevorstehenden Wohnungsbauvorhaben dafür einsetzen, dass **bezahlbares und familiengerechtes Wohnen** sowie das Zusammenleben von Jung und Alt im Vordergrund stehen. Auch gilt es, bei der Umsetzung von Wohnungsbauvorhaben darauf zu drängen, dass die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Bezirks vorgenommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass heimische Pflanzen- und Tierarten geschützt und Wohnungsbauvorhaben sowie Gewerbeansied-

lungen nicht zu Lasten bedrohter Tierarten verwirklicht werden.

Sportstätten im Regionalbereich wollen wir – wo es notwendig ist – planungsrechtlich sichern. Die Rad- und Fußwege-Verbindungen wollen wir ausbauen. Hierzu werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Anbindung von Lokstedt, Niendorf und Schnelsen an das Stadtradelnetz erfolgt. Ferner werden wir weiterhin darauf drängen, dass alle U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen oder Rampen ausgestattet werden, damit auch Menschen mit Kinderwagen oder Gehhilfen die Stationen nutzen können. Einen hohen Stellenwert hat für uns die Sicherheit der Schulwege. Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass ein besonderes Augenmerk auf eine sichere und kindgerechte Verkehrsführung entlang der Schulwege gelegt wird.





3.1. Soziale Stadtentwicklung in Schnelsen

Die Verkehrssituation in der Frohmestraße ist weiterhin unbefriedigend. Im Zusammenhang mit der geplanten Überdeckung der A7 sehen wir allerdings die Chance, mit diesen neu gewonnenen Flächen zu einer Entlastung und Steigerung der Aufenthaltsqualität des Schnelsener Zentrums beizutragen.

In **Schnelsen-Süd** wurde mit dem gleichnamigen Center eine Einkaufs- und Treffmöglichkeit vor Ort geschaffen, die mehreren Existenzgründern, überwiegend mit Migrationshintergrund, den Start in die Selbstständigkeit ermöglicht hat. Dieses Projekt

wurde inzwischen als Modell in die Bezirksliche Entwicklungsplanung aufgenommen. Die **Attraktivität von Burgwedel** als Wohnstandort und die Identifizierung der AnwohnerInnen mit ihrem Stadtteil wollen wir erhöhen. Die Aktiven und Institutionen vor Ort wollen wir weiter in ihren Anstrengungen für den Stadtteil unterstützen. Die AnwohnerInnen haben sich klar gegen eine Nachverdichtung des **Märchenviertels** ausgesprochen. Dieses Votum respektieren wir weiterhin. Das Märchenviertel wurde deshalb vom Bezirk aus der Liste möglicher Wohnungsbaupotenziale gestrichen.

3.2. Natur und Infrastruktur in Niendorf

In Niendorf-Nord haben die Wohnungsbaugenossenschaften unter Beteiligung von Stadtplanern, bezirklichen Gremien und Akteuren vor Ort Ideen entwickelt, um das **Wohnumfeld zu verbessern** und den Wohnungsbestand zu verändern. Gefördert werden soll das Zusammenleben von Jung und Alt. Wir wollen deshalb entsprechende Infrastruktur für ältere BewohnerInnen anbieten und dafür sorgen, dass Freiflächen so gestaltet werden, dass auch Senioren sie nutzen können.

Das **Niendorfer Gehege** wollen wir als Wald, und damit als Erholungsfläche erhalten und naturnah weiterentwickeln. Waldfremde

Nutzungen wollen wir so weit es geht zurückführen oder auf die Randbereiche beschränken. In Kooperation mit dem bezirklichen Förster sollen auf dem Betriebshof der Försterei alle Aktiven im Niendorfer Gehege Raum für ihre am Naturschutz ausgerichteten Aktivitäten und Kooperationen finden. Eine Kommerzialisierung des Niendorfer Geheges lehnen wir ab. Der Wald soll als Wald erfahrbar bleiben. Zur Umsetzung des erfolgreichen Bürgerbegehrens Hände weg vom Niendorfer Gehege bekennen wir uns ausdrücklich. Einen diesen Grundsätzen entsprechenden Konzeptentwurf haben wir im Sommer 2010 zusammen mit weiteren Fraktionen vorgelegt und beteiligen uns auf

dieser Grundlage aktiv an der Erarbeitung eines bezirklichen Gesamtkonzepts für das Niendorfer Gehege.

Niendorf soll an die **Veloroute 3**, die bislang am Behrmanplatz endet, angeschlossen werden.

Im Gewerbegebiet Vierenkamp muss die Einhaltung der Grenzwerte verstärkt kontrolliert werden – zum Schutz der AnwohnerInnen vor Lärm und Luftverschmutzung.

Im Bereich der Kollau und ihrer Zuflüsse werden wir weiterhin die Belange des **Hoch-**

wasserschutzes berücksichtigen. Die bisher vorliegenden Ergebnisse des so genannten Niederschlagsabflussmodells sowie die Kartierungen zu hochwassergefährdeten Gebieten, die im Rahmen einer EU-Richtlinie erstellt werden, wollen wir systematisch auswerten und gegebenenfalls neue Schutzmaßnahmen treffen. Aktuell geschieht dies bereits durch den Ausbau bestehender Rückhaltebecken. Auch die Schaffung von weiteren Retentionsflächen sowie Renaturierungen wollen wir anstoßen.

3.3. Planen mit Augenmaß in Lokstedt

Lokstedt hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Veränderungen erfahren. Dazu hat auch die Erschließung neuer Wohnbaugebiete beigetragen. Bei weiteren Planverfahren werden wir deshalb verstärkt darauf drängen, dass ihre Auswirkungen auf die jetzt vorhandene Wohnqualität untersucht werden.

Soweit bestehende Freiflächen bebaut werden sollen, werden wir zwischen einer Nachverdichtung zugunsten stadtnahen Wohnens und dem Erhalt von Freiflächen abwägen. Aufgrund der zahlreichen Bauvorhaben muss auch der Erweiterungsbedarf an Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in Lokstedt geprüft werden. Neben den geplanten oder bereits im Bau befindlichen Kita-Angeboten gilt es, gerade die **Freizeitmöglichkeiten von Jugendlichen** vor Ort im Blick zu behalten. Im Hinblick auf die Verkehrssituation werden wir auch den öffentlichen Nahverkehr quer

durch Lokstedt prüfen – die Taktichte auf bestehenden Strecken, insbesondere der Linie 181, wollen wir verstärken. Die Buslinie 22 soll aus Sicht der GAL bei Veranstaltungen in den Arenen vermehrt eingesetzt werden.

Mit der Umsetzung des Bürgerbegehrens zum Erhalt der Bäume in der **Emil-Andresen-Straße** ist es gelungen, im Rahmen der dringend notwendigen Renovierung der Fahrbahn gleichzeitig die Linienführung der Buslinie 181 und den Erhalt der Alleebäume zu erreichen. Die dafür notwendige und erfolgte enge Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, allen betroffenen Vertretern öffentlicher Belange sowie den Vertretern der politischen Parteien ist ein gelungenes Beispiel für Bürgerbeteiligung. Eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung bei weitreichenden Veränderungen soll auch künftig Grundlage der Entscheidungsfindung sein.





Darüber hinaus setzt sich die GAL dafür ein, dass die Schillingsbekeniederung zum Landschaftsdenkmal wird und dass das Wohn- und Kunstprojekt Henriette e.V. an der Straße Herlingsburg erhalten bleibt.

In der Grelckstraße hat sich ein Wechsel vollzogen - weg von einer Spielstraße, hin zu einer Straße, die mit Tempo 20 befahrbar ist. Damit sind viele Anwohner unzufrieden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Grelckstraße so zügig wie möglich in die Planungen zur Gestaltung von **Gemeinschaftsstraßen** im Bezirk aufgenommen wird.

Die gemeinsamen Bemühungen aller öffentlichen Einrichtungen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern in der Lenzsiedlung werden wir weiterhin tatkräftig unterstützen.

4. Umwelt- und Naturschutz in Eimsbüttel

Eimsbüttel ist dicht besiedelt, bietet aber auch viele grüne Oasen. Diese Rückzugsorte vor der Hektik der Großstadt schaffen Lebensqualität und tragen erheblich zu einem guten Stadtklima bei. Die natürlichen Ressourcen im Bezirk müssen auch weiterhin geschützt und gepflegt werden. Nicht nur wir Menschen fühlen uns im grünen Eimsbüttel wohl, auch viele Tiere und Pflanzen – einige sogar auf der Roten Liste für bedrohte Arten – haben in unserem Viertel ihre Heimat. Eimsbüttel ist Pate für den Großen Abendsegler, eine Fledermausart. So gilt es nicht nur für unsere Naherholung, sondern auch als wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt Naturräume in Eimsbüttel, von der Straßenrandbegrünung bis zum Nienborfer Gehege, zu erhalten.

Hamburg hat sich einem **Biotop-Verbund** verschrieben, der 15 Prozent der Landesfläche umfasst. Hier möchte die GAL in Eimsbüttel dazu beitragen, dass wir vor Ort Biotope verbinden und für die artpassierbaren Korridore schaffen. Diese Biotop-Verbundlinien müssen gesichert und erweitert werden. Wir streben die Stärkung des „Eimsbütteler Grünzugs“ von der Hoheluftchaussee bis hinüber zum Unnapark an – eine der wichtigsten ökologischen Verbindungslinien im Bezirk.

Flora und Fauna lassen sich auch dadurch stärken, dass **Bäche und Flüsse** im Bezirk renaturiert werden. Offene Wasserläufe för-

dern die Artenvielfalt in der Stadt. Mehr erlebbare Natur ist die Folge. Darüber hinaus ist die Renaturierung von Gewässern der beste Schutz gegen Hochwasser. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Naturschutzverbände, Gewässer als Lebensräume zu erhalten bzw. umzuwandeln - und bewegen dies auch auf politischer Ebene.

Der **Isebekkanal** mit seinem Grünzug wurde durch das Bürgerbegehren Rettet die Isebek, das von der Bezirksversammlung angenommen wurde, in seinem Bestand gesichert. Seine naturräumliche Bedeutung ist tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Wir wollen gewährleisten, dass das Kaiser-Friedrich-Ufer den besonderen „bau“-rechtlichen Schutz eines Parks genießt und sicherstellen, dass sich seine Nutzung als beliebter Freizeitraum mit dem Schutz von Eisvogel und Co. verbinden lassen.

Die GAL wird prüfen, ob **weitere Naturflächen auch im Kerngebiet** geschaffen und nicht genutzte Potenziale, etwa an Wasserläufen, Ruderalflächen oder Brachen, ausgeschöpft werden können. Im Bereich der Kollau gilt es naturnahe Retentionsflächen zu schaffen, um die Hochwassersituation weiter zu entspannen.

Ein weiterer Baustein für den Schutz der Arten ist eine **ökologische Parkpflege**. Eimsbüttel verfügt über zahlreiche Parks, bei deren Pflege wir uns für eine Neuorientierung hinsichtlich einer Extensivierung einsetzen möchten. Weniger Mähen, eine Vegetati-





on, die sich spontan entwickeln darf und auch mal dichter Gehölzaufwuchs können sich sehr wohltuend auf den Artenreichtum auswirken. Allerdings muss hier genau geschaut werden, welche Maßnahme für welchen Park bzw. Parkabschnitt empfehlenswert ist, um einerseits dunkle Angsträume zu vermeiden und andererseits wirkliche Rückzugsräume für die Arten zu schaffen, die auch vor Lichtverschmutzung geschützt sind.

Darüber hinaus wollen wir sicherstellen, dass bei **Nachpflanzungen** in Parks so gut wie ausschließlich auf einheimische Arten zurückgegriffen wird. Da diese an unsere klimatischen Gegebenheiten bestmöglich angepasst sind, bietet jeder Baum oder Busch einem Vielfachen an Arten ein Zuhause, als dies bei weniger angepasster Flora der Fall ist. Wir möchten bei der Parkpflege insgesamt neue Wege gehen und dabei auch darauf hinwirken, dass nicht nur Laubbäume und Ziersträucher in Parks gepflanzt werden, sondern auch einheimische Nutzpflanzen wie Apfelbäume oder Beerensträucher. So kann ein wichtiger Beitrag zur Artenvielfalt in Eimsbüttel geleistet werden. Die Bezirke Nord, Mitte und Eimsbüttel haben vereinbart, das **Pflegekonzept Alstervorland** zu überarbeiten, um Pflegedefizite abzubauen. Das kann nur in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen, da die Verwaltungen jeweils auf die Bedürfnisse vor Ort eingehen müssen. Wir wollen das Alstervorland als Naherholungsgebiet stärken, ohne seine ökologische Qualität zu beeinträchtigen.

Der Zwang zur Nachverdichtung erhöht den Druck auf Freiflächen. Die GAL Eimsbüttel setzt sich dafür ein, bevorzugt auf bereits versiegelten Flächen zu bauen, um Naturräume zu schützen. Darüber hinaus bieten auch Bauvorhaben die Chance, Eims-

büttel noch grüner zu machen. Die GAL setzt sich daher für die verstärkte Bepflanzung von Dächern sowie für die **Nutzung vertikaler Flächen** wie Häuserwände ein. Auch werden wir prüfen, inwiefern der Bezirk GrundeigentümerInnen Anreize bieten kann, Flächen zu entsiegeln bzw. gar nicht erst zu bebauen.

Um den Klimaschutz voranzutreiben, fordern wir Maßnahmen zur Energieeinsparung wie den Bau von **Passivhäusern**, nachträgliche verbesserte Wärmedämmungen und den Verzicht auf Stand-by-Schaltungen. Dies wollen wir durch bezirkliche Öffentlichkeitsarbeit und Beratung unterstützen. Auch die Verwaltung selbst bleibt aufgerufen, ressourcenschonend zu wirtschaften. Im hamburgweiten Vergleich konnte Eimsbüttel hier bislang gute Resultate vorweisen – wir wollen diesen Spitzenrang beibehalten.

Uns ist es wichtig, dass sich auch die kleinen Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler wohlfühlen. Die GAL setzt sich dafür ein, verstärkt öffentlichen Raum für sie bereitzustellen. Spielplätze sollen saniert und verbessert werden – und das unter der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. So findet ihre Expertenmeinung angemessen Gehör. Der Senat ist aufgefordert, bedarfsgerecht Mittel für Spielflächen zur Verfügung zu stellen. Außerdem möchten wir Kindern und Jugendlichen Gelegenheit geben, sich die Natur in der Stadt zu erschließen. Das kann geschehen, indem wir den Naturraum – zum Beispiel das Niendorfer Gehege – erfahrbar erhalten. Auf diese Weise lässt sich die Notwendigkeit von Natur- und auch Klimaschutz unmittelbar erleben.

Um allen Bürgerinnen und Bürgern eine möglichst ruhige Wohnlage zu gewährleisten, werden wir uns auch künftig für einen effektiven **Lärmschutz** einsetzen.

Das schließt ein, dass die durch EU-Recht notwendig gewordenen Lärmkaster auf Handlungsnotwendigkeiten untersucht und Aktionspläne entwickelt werden. Hier wollen wir aus dem Bezirk heraus Druck auf die Senatsbehörden ausüben.

Vor allem nachts trägt eine Verringerung der Lärmemission zu einer höheren Wohn- und Lebensqualität bei. Deshalb treten wir für **Nachtfahrverbote für Lkw** in Eimsbüttel ein – etwa auf der Kieler Straße. Doch auch in den frühen Morgenstunden muss die Nachtruhe gewährleistet sein. Deshalb wehren wir uns gegen einen immer früher beginnenden Anlieferverkehr bei Supermärkten

Die großen Verkehrsachsen Eimsbüttels, wie Fruchttal, Kieler Straße, der Straßenzug Hoheluftchaussee, Lokstedter Steindamm, Kollaustraße, Friedrich-Ebert-Straße, Frohmestraße, Ring 2 und ähnlich stark befahrene Verkehrsachsen können nur durch bauliche Maßnahmen für die AnwohnerInnen erträglich gemacht werden. Darauf werden wir bei Neubaumaßnahmen achten. Im Zuge der Lärmaktionsplanung Hamburg soll geprüft werden, ob der Einbau von lärmreduzierenden Deckschichten sinnvoll ist. Zur Lärmreduzierung in der Kieler Straße wird vorgeschlagen, die Verkehrslenkung von und zur Autobahn über den Holstenkamp durch das Industriegebiet zu führen. Laut „Lärmaktionsplanung Hamburg“ ist diese Maßnahme in Vorbereitung. Einen entsprechenden Prozess werden wir fördern. Südlich der Autobahn 23 gibt es keine Lärmschutzmaßnahmen an Halstenbeker Straße, Baumacker und Dallbrägen u.a.. Eine Lärmschutzwand sowie der Einbau von grobporigem Asphalt bei der nächsten Fahrbahnsanierung könnte hier eine deutliche Minderung bringen. Ein großer Teil Eimsbüttels befindet sich in den Einflugschnei-

sen des Flughafens – ein Aufweichen des Nachtflugverbots gilt es zu verhindern.

Im Zuge der Bezirksverwaltungsreform wurden in den Bezirken die Naturschutzreferate als untere Naturschutzbehörde abgeschafft. Die Aufgaben wurden auf verschiedene Bereiche in den Bezirksämtern verteilt. Für den erwarteten Effizienzgewinn blieb der Schutz der Natur leider auf der Strecke. Ein Beispiel, dass die Verwaltung ihren Aufgaben in Sachen Naturschutz nicht mehr nachkommen kann, sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die nur schleppend umgesetzt werden – im Gegensatz zu den Bauvorhaben, die sie begleiten. Die GAL Eimsbüttel fordert die **konsequente Umsetzung des Naturschutzes** in unserem Bezirk und dass die Bezirksämter auf diesem Gebiet wieder handlungsfähig werden.

Die BSU hat 2006 den Großen Abendsegler zum Eimsbütteler Patentier erklärt. Die GAL sieht diese Patenschaft nicht allein auf diese Spezies beschränkt. Wir fühlen uns verpflichtet, diese Fürsorge auf alle im Bezirk heimischen Fledermausarten auszudehnen. Auf unsere Initiative hin hat die Bezirksversammlung die Verwaltung deshalb einstimmig dazu aufgerufen, gemeinsam mit den Natur- und Umweltschutzverbänden einen **Masterplan Fledermäuse** aufzulegen. Der Schutz dieser Tiere, deren Bestand ein Indikator für den Zustand der gesamten Stadtnatur ist, genießt damit den Rang eines bezirklichen Leitbilds. In der kommenden Legislatur muss dieser Plan mit Leben gefüllt werden. Die GAL setzt sich für eine nachhaltige Verbesserung der Quartiers- und Ernährungsbedingungen von Fledermäusen ein. Wir wollen die möglichst flächendeckende Anbringung von Nistkästen gewährleisten und einen ausreichenden Bestand an Totholz, Fledermausbeeten,



Streuobstwiesen und die gezielte Pflanzung von Kopfbäumen einfordern. Zudem werden die Fledermäuse von der Stärkung

der Biotop-Verbundlinien und von renaturierten Gewässern profitieren.

4.1. Bäume in Eimsbüttel



4.1. Bäume in Eimsbüttel

Bäume erfüllen eine unschätzbare stadtklimatische Funktion. Sie sind dabei nicht nur CO₂-/Staubfilter und Schattenspende, sondern tragen zudem zum Boden- und zum Lärmschutz bei, sind Lebensraum für zahllose Tier- und Pflanzenarten, prägen und strukturieren das Stadtbild und sind unverzichtbar für die Naherholung.

Die Situation der Eimsbütteler **Straßenbäume** ist angespannt. Die Verwaltung muss immer wieder altersschwache oder kranke Bäume fällen lassen – die Folge eines sich zurzeit vollziehenden Generationenwechsels. Das bezirkliche Ziel, jeden gefälltten Baum zu ersetzen, scheitert oft an geeigneten Standorten, an denen Neupflanzungen vorgenommen werden können und ist auch angesichts der angespannten Haushaltslage ein schwieriges Unterfangen. Dennoch wird sich die GAL Eimsbüttel dafür einsetzen, die finanzielle Ausstattung des Bezirks in diesem Bereich zu verbessern. Darüber hinaus unterstützen wir privates Engagement für den Erhalt sowie die Neu- und Nachpflanzung – etwa in Form von Baumpatenschaften.

Gerade angesichts der knappen Mittel drängt die GAL Eimsbüttel auf eine kluge und zielgerichtete Neu- und Nachpflanzungspolitik. Wir unterstützen **nachhaltige Pflegekonzepte** sowie die Pflanzung gerade von jenen Bäumen, die ein hohes Maß an

Biodiversität gewährleisten und ihrerseits Habitat für zahlreiche Arten sein können. Hierzu gehört neben der Auswahl langlebiger Straßenbäume dort wo es möglich ist auch die Anpflanzung von Knicks und Streuobstbeständen.

Bäume auf privatem Grund sind vor allem durch Nachverdichtungsmaßnahmen gefährdet. Fällanträge sind in der administrativen Praxis leider sehr aussichtsreich - nicht zuletzt dank der vereinfachten Genehmigungsverfahren. Die GAL Eimsbüttel knüpft deshalb ihre Unterstützung für Bauvorhaben an die Anstrengungen des/der Investierenden in Sachen Baumschutz. Bei Fällungen drängen wir auf angemessene und standortnahe Ausgleichsmaßnahmen. Hier wollen wir nach Wegen suchen, dass private Fällungen auch im öffentlichen Raum ausgeglichen werden können ohne dadurch einen Ablasshandel einzuführen.

Auch wenn wir keinen direkten Einfluss auf die Ausstattung der Personalressourcen ausüben können, werden wir darauf hinwirken, dass die Verwaltung ihrer Kontrollpflicht bezüglich der Vornahme von **Ersatzpflanzungen** im privaten Bereich nachkommt. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass die Verwaltung ein Ausgleichsflächenkataster erstellt, in dem nachzuvollziehen ist, wo die Potenziale und Grenzen im Bezirk für entsprechende Maßnahmen liegen.

5. Verkehr in Eimsbüttel

Grüne Mobilität

Die Menschen in Eimsbüttel müssen ihre täglichen Wege bequem zurücklegen können. Wir sind politisch aktiv, weil wir überzeugt sind, dass diese Mobilität mit einem geringeren PKW-Anteil zügiger und entspannter sein wird. Wir haben Ideen für eine Mobilität, die menschen- statt autofreundlich ist, die die natürlichen Lebensgrundlagen wie auch die Nerven unserer Mitmenschen schont und den Bezirk dabei noch schöner macht. Denn wo weniger Autos sind, da ist mehr Platz für die speziellen Mobilitätsbedürfnisse von Kindern und SeniorInnen, plauschenden NachbarInnen und eiligen BerufspendlerInnen. Wir erreichen dies durch breitere Fußwege und Plätze, flüssigere Busspuren, sichere Radfahrstreifen und Fahrradbügel, engmaschige Stationsnetze für Stadträder und Carsharing. Auch mehr Grün trägt zum entspannten Fortkommen bei!

All diese Mobilitätsformen können sich gerade in Eimsbüttel perfekt ergänzen. Deshalb sind hier die Bedingungen für ein Leben ohne Auto relativ einfach zu schaffen, denn auch unsere Fernbahnanbindung macht das Verreisen überdurchschnittlich komfortabel. Nur wenn wir so eine menschen- und umweltfreundliche Mobilität erleichtern, können mehr Leute auf das Auto verzichten. Gleichzeitig müssen wir ehrlich ankündigen, dass diese Erleichterung nur

auf Kosten der PKW, meist zu Lasten von Parkplätzen entstehen kann.

Die meisten Strecken werden in Eimsbüttel ohne eigenes Auto zurückgelegt, trotzdem nehmen PKW deutlich mehr als die Hälfte des verfügbaren Straßenraums in Anspruch. Die Stadt Hamburg veranschlagt in ihren Planungshinweisen (PLAST) jeweils ca. drei Meter Mindestbreite für Parkplätze, für Fahrbahnen sowie für RadfahrerInnen und FußgängerInnen zusammen (pro Straßenseite). Der Platz ist also sehr ungerecht verteilt. Das wirkt sich auf die Mehrheit der VerkehrsteilnehmerInnen aus, die sich auf Fußwegen drängen, dort mit RadfahrerInnen in Konflikt kommen oder als Buspassagiere im Stau stehen.

In Eimsbüttel wirken die eigentlich geräumigen Straßen im Kerngebiet durch den Autoverkehr eng, in den äußeren Stadtteilen zerschneiden sie als riesige Schneisen die Wohnviertel, ohne dass der Verkehr deshalb zügiger wäre. Und bei all dieser Bevorzugung liegen die Nerven der AutofahrerInnen dennoch täglich blank, weil sie von Schlaglöchern, Staus und Parkplatzsuche strapaziert werden. Gleichzeitig sind Autos in Hamburg zu einem Viertel für den CO₂-Ausstoß verantwortlich und erhöhen die Feinstaubwerte, während die anderen Fortbewegungsformen nicht umsonst als „Umweltverbund“ zusammengefasst werden. Unser Ziel ist ein mobiler und autoverkehrsarmer Bezirk. Der Verzicht auf das





eigene Auto darf keinen Verzicht auf Mobilität bedeuten. So können sich mehr Menschen vom Auto und seinen Zwängen lösen und sich neue persönliche und nicht zuletzt finanzielle Freiheiten erschließen.

Diese übergeordneten Ziele verfolgen wir in der Bezirkspolitik mit Liebe zum Detail. Wir sind hier mit den konkreten Karten und Maßen befasst, wenn eine Straße überplant wird. Wir nehmen Beschwerden von AnwohnerInnen über falschparkende Autos, fehlende Fahrradparkmöglichkeiten und kaputte Wege entgegen und dringen gegenüber dem Bezirksamt, der Polizei oder der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf deren Behebung. Aber wir diskutieren auch mit dem HVV oder Senatsämtern übergeordnete Verkehrsstrategien, die unseren Bezirk angehen.

Bei größeren Umgestaltungen von Fahrbahnen oder bei Grundinstandsetzungen kommt allzu oft die Sicherheit der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen zu kurz. Hierauf muss die planende Verwaltung schon bei der Vergabe von Aufträgen deutlich mehr Gewicht legen. Als formalisiertes Verfahren eignet sich das vom ADFC geforderte Sicherheits-Audit.

Bequem zu Fuß gehen

Gehwege garantieren allen Menschen ein Stück Mobilität. Aber dazu müssen sie auch für Rollstühle, Geh- und Kinderwagen **barrierefrei**, eben und geräumig gestaltet werden. Beispielgebend ist die Neuordnung des **Heußwegs**. Wo vorher ausufernd illegal auf dem Gehweg geparkt wurde, dass manchmal weder Rollstuhl noch Kinderwagen mehr durchkamen, kann heute auf breiten Gehwegen flaniert werden. Vergrößerte Baumscheiben sichern den Straßenbaum-

bestand, AnwohnerInnen freuen sich über die große Zahl an neuen Fahrradbügeln und am Fahrbahnrand gibt es nun 30 ausgewiesene Autostellplätze mehr. Ähnliches wollen wir in möglichst vielen Straßen verwirklichen und bauen auf Anregungen von AnwohnerInnen.

Die **Grünphasen an Ampeln** müssen lang genug sein, um auch Hauptverkehrsstraßen stressfrei überqueren zu können. Wir brauchen weder Bettel- noch Schummelampeln (das sind die mit dem Drückknopf, der z.T. gar keine Auswirkung hat), die FußgängerInnen besonders lange warten lassen! Diese Anforderungsampeln sollen im Gegensatz zur derzeitigen Praxis zukünftig eher besonders kurze Wartezeiten für FußgängerInnen ermöglichen.

Wohn- und Geschäftsstraßen müssen so gestaltet sein, dass FußgängerInnen sie in regelmäßigen Abständen ungehindert überqueren können. Auch mithilfe von Zebrastreifen wollen wir mehr Übergänge schaffen, an denen FußgängerInnen Vorrang haben. Kreisverkehre dürfen nicht zum Nachteil der Fußgänger ausgelegt werden. Zudem dürfen Baustellen die Mehrheit der VerkehrsteilnehmerInnen nicht unnötig stark behindern. Schon gar nicht, um wie heute den Autoverkehr zu schonen. Daher erfordern Baustellen ein Verkehrsmanagement, dass Rad- und Fußverkehr berücksichtigt.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Verwaltung darauf, dass FußgängerInnen und RadlerInnen bei Schnee und Eis, aber auch durch Herbstlaub viel gefährdeter sind als die AutofahrerInnen, um die sich die Stadt so gerne sorgt. Wir fordern eine **priorisierte Räumung**, wie sie etwa in Kopenhagen selbstverständlich ist. Viele Gehwegbereiche versinken nachts in tiefer Finsternis. Eine effektive Straßenbeleuchtung muss

sich an der Ausleuchtung der Gehwege orientieren.

Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern

Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für mehr Menschen interessant machen. Dafür brauchen wir die **Stadtbahn** in Eimsbüttel, zunächst auf den begehrten Strecken der Metrobuslinien 20/25 und 5. Sie bietet großes Sitzplatzangebot und hohen Fahrkomfort statt Enge und Gerüffel im Bus, ist schneller und dabei genauso einfach zu erreichen.

Darüber hinaus gibt es im bestehenden ÖPNV vieles zu verbessern: Busse wollen wir durch (z.B. auf der Kieler Straße) und bevorzugte Ampelschaltungen beschleunigen. Alle Schnellbahnstationen müssen schleunigst barrierefrei werden! Die Schnellbahnen benötigen dringend neue Waggon: Erstens schreckt das hautnahe Gedränge in der Rushhour viele Menschen ab, zweitens kann so Abstellfläche für Fahrräder geschaffen und die für viele sinnvolle Fahrradmitnahme ganztägig ermöglicht werden. Die radialen S- und U-Bahnlinien ermöglichen auch den äußeren Eimsbütteler Stadtteilen eine überdurchschnittlich schnelle Verbindung in die Innenstadt. Wir treten dafür ein, dass die DB der AKN häufiger gestattet, eine solche Verbindung anzubieten.

Die Fahrpreise sind zu hoch, weil die Stadt dem HVV eine besonders hohe Kostendeckung abverlangt. Eine Senkung würde mehr Menschen zum Umstieg bewegen. Langfristig streben wir aber ein **Bürgerinnenticket** an. Das würde die AutofahrerInnen an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen, ebenso wie Nicht-Motorisierte

für die Fahrbahninstandhaltung aufkommen müssen.

Teilen statt besitzen: Stadtrad und Carsharing

Das Stadtrad ist ein Erfolgsmodell, gerade auch in Eimsbüttel. Derzeit fehlen aber wichtige Stationen im Kerngebiet (Schlump, Osterstraße, Lutterothstraße), deren Einrichtung wir vorantreiben werden. Weitere Stationen sollten etwa in Langenfelde, bei Hagenbeck und in Niendorf folgen. Allerdings zeigt sich, dass die Konzentration der Fahrradstationen auf Schnellbahnhaltestellen nicht ausreicht. Die Auslastung der wenigen Stationen in Wohngebieten (z.B. Goebenstraße) beweist, dass die Nutzung sich vervielfachen könnte, wenn mehr Stationen vom Wohnort fußläufig erreichbar wären. Von den 300 Metern Stationsabstand wie in London und Paris sind wir leider noch weit entfernt. Wir werden eine entsprechende Liste vorlegen und bei Bezirk und BSU ihre Umsetzung vorantreiben. Wir begrüßen, dass auch andere Anbieter den HamburgerInnen Leihfahrräder zur Verfügung stellen, denn das zeigt, dass der Bedarf an möglichst flexiblen Ausleihmöglichkeiten noch nicht gedeckt ist.

Das eigene Auto kann man leichter und dauerhafter abschaffen, wenn man weiß, dass für die wenigen Strecken, auf denen es unschlagbar/unverzichtbar war, auch weiter ein Wagen zur Verfügung steht. Hier setzen wir auf Carsharing. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass beim Bau neuer Tiefgaragen Plätze für Carsharing bereit gestellt wurden. Unser politisches Ziel ist es, in Eimsbüttel dafür zu sorgen, dass den Anbietern überall **wohnortnahe Stellplätze** zur Verfügung stehen,





statt ihnen wie bisher öffentlichen Grund zu verweigern. Natürlich müssen wir dabei auf wettbewerbliche Gerechtigkeit achten. Es gibt bereits erste Stationen mit Elektroautos in Eimsbüttel. Das ist ein guter Weg, den wir unterstützen und politisch begleiten wollen. Das Car2go-Modell sehen wir kritisch.

Autos und ruhender Verkehr

Wir wollen den öffentlichen **Verkehrsraum nicht auf Kosten von Grünflächen erweitern**, sondern ihn insgesamt gerechter aufteilen. Das bedeutet in erster Linie, die gigantischen Flächen zu hinterfragen, die heute von parkenden Autos zugestellt werden. Der kostenlose Parkraum ist eine riesige Subventionierung des privaten Autobesitzes. Müsste jedeR AutobesitzerIn für ihren/seinen Stellplatz ebenso eine angemessene Miete zahlen, wie für jeden Quadratmeter Wohnraum, dann würden viele die Notwendigkeit eines eigenen PKW hinterfragen. Deshalb fordern wir eine konsequente Parkraumbewirtschaftung, die auch die AnwohnerInnen miteinbezieht. Falschparken muss konsequent verfolgt werden, denn es gefährdet Menschen, benachteiligt jene, die sich korrekt verhalten und blockiert Rettungswege.

Wenn **Parkraumbewirtschaftung** konsequent durchgeführt wird, dann gewinnen auch Quartiersgaragen an Attraktivität, wodurch neuer Platz frei werden kann. Quartiersgaragen sind kein Allheilmittel, denn ihr Bau muss massiv mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Wenn dafür jedoch oberirdische Parkplätze in Raum für die Mehrheit der VerkehrsteilnehmerInnen umgewandelt werden, dann überwiegt ers-

tens der öffentliche Nutzen und zweitens steigt die Bereitschaft, entweder das Auto abzuschaffen oder für den Stellplatz eine angemessene Miete zu bezahlen.

Aber wir wollen auch ausdrücklich Parkraum schaffen - und zwar auf **Park-and-Ride**-Parkplätzen am Stadtrand. Dort ist genügend Platz, und die ÖPNV-Kombination stellt häufig die schnellste, jedenfalls aber sozial- und umweltverträglichste Fortbewegungsform für PendlerInnen dar. Wer sich dagegen unbedingt mit dem Auto in der inneren Stadt bewegen will, muss sich nach unserer Auffassung in der Regel auf **Tempo 30** einstellen. Diese Geschwindigkeit ist der beständigen Interaktion von motorisiertem Verkehr und ungeschützten VerkehrsteilnehmerInnen angemessen und trägt dazu bei, Verkehrstote in Hamburg zu vermeiden. Übrigens ist der Verkehr bei Tempo 30 in der Innenstadt in der Regel flüssiger, als er es durch das beständige Beschleunigen und Abbremsen wäre. Auch aus Lärmschutzgründen müssen höhere Geschwindigkeiten in der Stadt vermieden werden.

Gemeinschaftsstraßen

Die im schwarz-grünen Koalitionsvertrag vorgesehenen Gemeinschaftsstraßen (Shared Space) in allen Bezirken hat maßgeblich der Senat selbst ausgebremst, indem er die dafür vorgesehenen Gelder zum Stopfen von Schlaglöchern umlenkte. Wir glauben, dass Gemeinschaftsstraßen eine Form der gerechteren Nutzung des Straßenraumes bedeutet und wollen im Bezirk Eimsbüttel weiter einen intensiven Diskussionsprozess dazu führen. Das starre Aufteilen und Reglementieren bestimmter Straßenbereiche für bestimmte Verkehrs-

träger soll so umgestaltet werden, dass sich alle gern dort aufhalten und gleichzeitig der notwendige Autoverkehr weiterhin stattfinden kann. Gegenseitige Rücksichtnahme soll die rücksichtslose Platzbean-

spruchung ersetzen. Wir glauben, dass sich die meisten EimsbüttelerInnen eine lebendige Flaniermeile mehr wünschen als eine Durchfahrtsstraße, die von parkenden Autos zusätzlich abgeriegelt ist.

5.1. Radfahren in Eimsbüttel

Das Fahrrad kann und muss viele Autofahrten ersetzen, weil es Platz und CO₂ spart und obendrein gesund hält. Unter Schwarz-Grün ist viel zu wenig getan worden, um den Fahrradanteil am Verkehr wie versprochenen zu verdoppeln. Weil im Winter kaum Radstrecken geräumt werden, dürfte die Quote eher gesunken sein. Es ist also ist eine deutliche Aufwertung des Radverkehrs und seine durchgängige Berücksichtigung bei der Verkehrsplanung notwendig. Städte wie Kopenhagen machen diese Priorisierung des Radverkehrs vor.

Wie unsere Velorouten aussehen sollten, zeigen die blauen cycle superhighways in London: deutlich sichtbar, glatte Fahrbahn und gerade Streckenführung. Hier sind an den Eimsbütteler Velorouten 2 und 3 noch zahlreiche Streckenabschnitte nachzurüsten.

Viele der klassischen Bordstein-Radwege im Bezirk sind in miserablen Zustand. Die anstehende Sanierung ist ein guter Zeitpunkt, die Zäsur in der Straßenverkehrsordnung nachzuvollziehen und den Fahrradverkehr in der Regel auf die Fahrbahn zu verlegen. Dies ist erwiesenermaßen si-

cherer, da Radfahrende nun nicht mehr an Kreuzungen plötzlich im Blickfeld kreuzender Autofahrender auftauchen, sondern immer gut gesehen werden. Bei starkem Autoverkehr schaffen von der Fahrbahn abmarkierte Fahrradstreifen zusätzliche Sicherheit und sind dabei noch wesentlich preiswerter als eigene Radwege. Auf der Grindelallee wäre dies z.B. auch nördlich des Grindelhofs dringend nötig.

Außerdem sind die existierenden Rad- und Fußwege in vielen Straßen so schmal, dass sie gültigen Verkehrsrichtlinien widersprechen. Zusammengefasst ergeben sie eine komfortable Breite für FußgängerInnen, auf denen sich auch der/die gelegentliche unsichere RadlerIn (etwa durch das Verkehrszeichen „Radfahrer frei“) konfliktfrei bewegen kann. Wenn doch einmal Fahrradwege geplant werden, fordern wir die Bedingungen für gute Radwege ein: ausreichende Breite, festen Untergrund statt loser Platten, gerade Streckenführung, eigene Fahrradampeln mit Haltegriffen statt der kurzen Grünzeiten für FußgängerInnen.

Wir haben schon viele Fahrradbügel zum sicheren Anschließen durchgesetzt. Die



vor dem Hamburg-Haus sind auch optisch ein gelungenes Beispiel. Wir wollen erreichen, dass nicht nur in Wohngebieten, sondern auch vor öffentlichen Einrichtungen ebenso wie vor Geschäften ganz selbstverständlich nicht nur Felgenkiller, sondern ordentliche Stellplätze zu finden sind, damit die Kundschaft vermehrt per Fahrrad kommen kann. Geschützte Abstellmöglichkeiten bieten Fahrradhäuser. Dieses Erfolgsmodell wollen wir weiter fördern. Inzwischen gibt es auch seniorInnenfreundliche Modelle zur ebenerdigen Abstellung, etwa in Containern wie am S-Bahnhof Langenfelde. Die Aufstellung im Straßenraum auf bisherigen Autoparkplätzen sollte selbstverständlich möglich sein. Es gibt Städte, da ist Fahrradfahren so populär wie Autofahren. Bis das in Hamburg soweit ist, wird es noch einiges an Überzeugungsarbeit kosten. Wir haben einiges erreicht in den letzten Jahren. Die neuen Radwege sind überwiegend einheitlich mit rotem Pflaster gekennzeichnet, auf einigen Straßen konnten Fahrradstreifen installiert werden und Eimsbüttel hat mehr Fahrradabstell-Anlagen bekommen. In der vergangenen Legislatur konnten neue

Fahrradhäuser aufgestellt werden.

Ein grünes Erfolgsprojekt ist StadtRad Hamburg. RadfahrerInnen können mit diesem Leihsystem flexibel durch die Stadt fahren. Wie populär StadtRad Hamburg in nur einem Jahr wurde zeigt das stetige Ausbauen der Stationen und die die steigende Anzahl der Ausleihen. Bereits nach einem Jahr wurden eine halbe Millionen Fahrten registriert werden. Über 50.000 Menschen nutzen StadtRad Hamburg. Trotzdem fehlt es nicht nur in der Politik, sondern auch vielen HamburgerInnen noch an einer Fahrrad-Mentalität. Dabei ist Radfahren gesund für die Menschen und schont die Umwelt. Doch im Alltag ist es oft mühsam. Die Radwege sind schlecht gebaut oder zugeparkt. Auf den großen Straßen fehlen Radstreifen. Obwohl Radeln auf der Fahrbahn in der Regel erlaubt ist, wird man von den Autos dennoch angehupt und abgedrängt. Wir stehen also erst am Anfang eines Weges, der aus Hamburg eine Fahrradstadt macht. Wir wollen noch viel erreichen. Lassen Sie uns in Eimsbüttel voran gehen und den Bezirk fahrradfreundlicher machen.

6. Stadtplanung und Bauen – mit Augenmaß, zukunftsfähig, sozial

Eimsbüttel ist mit etwa 4900 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer der am dichtesten besiedelte Bezirk Hamburgs. Gleichzeitig ist der Bezirk gleichermaßen als Wohnort und Gewerbestandort gefragt. Hieraus ergeben sich für die Stadtentwicklung vielfältige Anforderungen.

Die **Bezirkliche Entwicklungsplanung (BEP)** ist das planerische Leitbild Eimsbüttels. Die BEP verfolgt einen interdisziplinären Ansatz: Wohnungen, Arbeitsstätten, soziale und verkehrliche Infrastruktur sowie dezentrale Nahversorgung sollen im Sinne der Nachhaltigkeit und unter Berücksichtigung der sozialen und geschlechterbedingten Erfordernisse (Gender Mainstreaming) geschaffen, ausgebaut bzw. verbessert werden – unter Berücksichtigung möglichst aller Belange. Gerade die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen müssen einbezogen werden. Die BEP hat gezeigt: Die Interessen von Familien mit Kindern und älteren Menschen an einer barrierefreien Gestaltung öffentlicher Flächen und naher Erholungs- und Freizeitflächen sind ähnlich gelagert. Die BürgerInnen sollen weitgehend beteiligt werden. Das Eimsbütteler Pilotprojekt Stadtplanung im Netz (<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/eimsbuettel/stadtplanung/prosin/start.html>) ist dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Hier lassen sich laufende

Projekte, aber auch beschlossene Pläne einsehen.

Bauen und Wohnen

Durch die GAL-Regierungsbeteiligung wurde das Instrument der **Sozialen Erhaltungssatzung und Umwandlungsverordnung** vom Senat wieder eingesetzt. Zum Schutz angestammter MieterInnen vor Luxussanierungen und Verdrängungsdruck wurde eine soziale Erhaltungssatzung für Eimsbüttel-Süd geprüft und in Kraft gesetzt. Wohnungsleerstand sollte durch Ermöglichung von Zwischennutzungen verringert werden.

In Eimsbüttel gibt es nur wenige Grundstücke in städtischem Besitz. Durch Regierungsbeteiligung der GAL auf Landesebene wurde das Höchstgebotsverfahren abgeschafft. Wir unterstützen eine gezielte **Vergabe an Baugenossenschaften, Baugemeinschaften** oder auch private Gesellschaften, die erschwinglichen Wohnraum besonders für junge Familien errichten. Auch der geförderte Wohnungsbau muss wieder verstärkt unterstützt werden, um jene Sozialwohnungen zu ersetzen, die in den kommenden Jahren aus der Sozialbindung herausfallen werden. Dabei wollen wir neben dem Neubau auch die Verlängerung von Sozialbindungen prüfen. Bei





sehr knappen Flächen muss geprüft werden, ob sich das Instrument des städtischen Vorkaufsrechts in Einzelfällen anwenden lässt. Aufgrund der inzwischen nur noch gering vorhandenen Flächen wird Neubau in Eimsbüttel nur noch beschränkt möglich sein. Nachverdichtungen und im Einzelfall angepasste Lösungen gilt es ideenreich zu entwickeln. Darüber hinaus soll die Bebauungsplanung bereits sehr frühzeitig naturschutzrechtliche Belange berücksichtigen und offenlegen - das gilt auch für die Auswirkungen auf bedrohte Arten wie z.B. auf die Fledermaus, für die der Bezirk Eimsbüttel die Patenschaft übernommen hat.

Jede Neubebauung soll sich städtebaulich und in ihren Dimensionen ins Umfeld einfügen. Nachverdichtung sowie Innenentwicklung auf Brachen oder bebauten Grundstücken muss Vorrang haben (**Flächenrecycling**). Wir setzen uns dafür ein, dass bevorzugt auf bereits versiegelten Flächen gebaut wird. Dies reduziert den Druck, in Naturräumen nachzuverdichten.

Energiesparende Bauformen müssen energisch vorangetrieben werden. Preiswerter Wohnungsbau und energiesparende und damit klimaschonende Bauweisen sind kein Widerspruch, wie praktische Beispiele von Wohnungsunternehmen zeigen. Barrierefreiheit muss beim Bauen stärker noch zum Standard werden, ebenso wie eine Planung, die die Bedürfnisse von Familien mit Kindern, SeniorInnen und Menschen mit Behinderungen regelhaft einbezieht.

Lärm und Abgase gefährden die Gesundheit der BürgerInnen. Daher wollen wir Baulücken an Hauptverkehrsstraßen im Zuge von Neubauvorhaben schließen. Hier wollen wir aber auch prüfen, ob Bebauungspläne nicht so geändert werden, dass sie langfristig die Lückenschließung mit Mindestbebauungsvorgaben absichern.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden mehrere große Wohnbauvorhaben im Bezirk umgesetzt oder begonnen: an der Sophienterrasse in Harvestehude, auf der Hans-Heinrich-Sievert-Sportanlage am Grandweg (Lokstedt), am Lohkoppelweg (Lokstedt) sowie an der Bogenallee (Rotherbaum). Allein durch diese Projekte entstehen über 1000 neue Wohnungen in Eimsbüttel.

Nach dem Stopp für den geplanten Bau des Hoheluftkontors durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren wird jetzt der Bebauungsplan entlang der Hoheluftchaussee im Interesse einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung dieses bezirklichen Zentrums abgetrennt weiterbetrieben und umgesetzt.

Durch eine Änderung des Bebauungsplans am Eidelstedt-Center sollen die Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Zentrums geschaffen werden.

Das Vorhaben, am Willinks-Park in Lokstedt ca. 70 Mietwohnungen zu errichten, begleiten wir nach wie vor kritisch, da hiermit der Verlust eines erheblichen Teils des dortigen Baumbestands verbunden wäre.

Auf dem DRK-Gelände am Behrmannplatz soll ein neues Wohngebiet entstehen. Hier gilt es darauf hinzuwirken, dass trotz der Erwartung des Eigentümers an eine hohe Rendite die Mietpreise verträglich werden.

Soziale Stadtteilentwicklung

Auf Landesebene wurde mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ein umfassender Ansatz zur Verbesserung der Situation benachteiligter Quartiere durch die Stadtentwicklungsbehörde begonnen. Die GAL fordert, dass dabei die Fortführung der Projekte der sozialen Stadtteilentwicklung im Bezirk sichergestellt

wird. In Eimsbüttel-Süd (Sanierungsgebiet), in der Lenz-Siedlung, in Schnelsen-Süd, in Eidelstedt-Nord und Eidelstedt-Ost sowie in der Stellingener Linse ist finanzielle Unterstützung erforderlich, um soziale und bauliche Verbesserungen zu erreichen oder bereits erreichte Fortschritte zu untermauern. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Verfügungsfonds zur Fortführung der ehrenamtlichen Projekte in den Quartieren weitergeführt werden. Vor allem nach der Fertigstellung des Möbelmarkts an der Holsteiner Chaussee werden deutlich verstärkte Anstrengungen zu Unterstützung der umliegenden Quartiere notwendig.



7. Bildung und Sport



Eine kreative Stadt braucht Bildung und Sport. Eimsbüttel hat ein vielfältiges Angebot. Dieses weiterzuentwickeln, ist ein zentrales Ziel grüner Bezirkspolitik.

Die Schulen befinden sich auch ohne Primarschulreform in einem grundlegenden Umstrukturierungsprozess: Neben den Gymnasien gibt es künftig Stadtteilschulen, die alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur anbieten. Alle Stadtteilschulen sollen künftig Ganztagschulen werden. Dabei ist die Kooperation mit außerschulischen Bildungsanbietern wie Sportvereinen, Jugendhilfe und Kultureinrichtungen eine wichtige Voraussetzung. Die im Frühjahr beginnende Regionale Bildungskonferenz hat die Aufgabe, Bildung im Bezirk zu koordinieren und das Miteinander der verschiedenen Anbieter zu gestalten. Die GAL unterstützt diesen Prozess. Ziel muss es sein, ein integriertes Bildungsangebot für alle zu schaffen. Die Schulen müssen sich öffnen und **Bildungszentren im Stadtteil** werden. Schulbibliotheken wollen wir zugleich als öffentliche Bibliotheken gestalten. Auf diese Weise fördern wir das Miteinander der Menschen im Stadtteil, auch das Miteinander von Jung und Alt. In Eimsbüttel sind zwei Schulversuche genehmigt worden: An den Grundschulen Rellinger Straße und Vicelinweg werden Schülerinnen und Schüler künftig 6 Jahre gemeinsam unterrichtet. Beide Schulen entwickeln und erproben Konzepte für eine Neue

Lernkultur, u.a. das jahrgangsübergreifende Lernen. Durch enge Kooperation mit Stadtteilschule und Gymnasium entsteht für die Schülerinnen und Schüler eine weitgehend kontinuierliche Bildungsbiographie. Eimsbüttel hat damit die Chance, beispielhaft eine Bildungsregion für längeres gemeinsames Lernen zu entwickeln. Die GAL unterstützt diesen Prozess.

Kitas und Grundschulen kooperieren eng und bieten als Bildungshäuser auch den Eltern Erziehungshilfe und Sprachkurse an. Die GAL setzt sich dafür ein, dass die Ressourcen zugunsten der frühkindlichen Bildung umgeleitet werden.

Die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen wird die GAL wie bisher unterstützen. Beispielhaft hierfür ist die Gründung des Sportparks Lokstedt: Eintracht Lokstedt, Grundschule, Alpenverein und eine Initiative Jugendlicher für einen Rad-Parcours haben sich zusammengetan, um den Sportplatz neu zu gestalten, einschließlich Kunstrasen und Flutlichtanlage.

Die **Sanierung der Sportstätten** wird in den kommenden Jahren weiterhin ein wichtiges Thema sein. Dabei lassen sich auch bezirkliche Sondermittel einsetzen; allerdings wird es immer um eine Mischfinanzierung aus Eigenmitteln der Vereine (darunter auch Sponsorengelder), Haushaltsmitteln der FHH und bezirklichen Mitteln gehen. Gerade hier kann Kommunalpolitik erfolgreich den Hebel ansetzen. Dafür setzen wir uns gerne ein.

8. Kinder- und Jugendpolitik

Damit junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung gefördert werden, müssen die Interessen von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Politikfeldern besonders berücksichtigt werden. Deswegen gilt es, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihren Familien sowie eine kinder- und jugendfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Dies ist nur durch eine aktive und produktive Zusammenarbeit von Kindern und Jugendlichen, Eltern, Einrichtungen, Verwaltung und Politik möglich.

Die GAL Eimsbüttel setzt sich für eine **bedarfsgerechte Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen** im Bezirk ein – mit dem Ziel, allen Kindern und Familien qualifizierte und an ihren Bedürfnissen orientierte Angebote zugänglich zu machen. Kinder und auch die Eltern müssen sich in ihrer Kita wohlfühlen. Um hier die Bedingungen für eine möglichst optimale psychische und physische Entwicklung der Kinder zu verbessern, muss die Kita-Betreuung noch stärker als bisher ausgebaut werden. Die Qualität des Betreuungs-, aber auch des Bildungsangebotes muss weiterentwickelt und die Personalausstattung der Kitas verbessert werden. Eine altersgemäße, liebevolle Betreuung und frühkindliche Bildung sollen Hand in Hand gehen. Dabei soll die Kita für alle Eltern bezahlbar sein.

Aus dem Bezirk heraus wird sich die GAL Eimsbüttel für die Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung und des Essensgeldes einsetzen. Um über die Situation der Kitas besser informiert zu sein, soll zukünftig ein regelmäßiger Austausch mit dem BEA (Bezirksselternausschuss Kindertagesbetreuung) stattfinden.

Weiterhin wollen wir uns dafür einsetzen, dass die mit der Schulreform verbundene Hortbetreuung (GABI- ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen) zusammen mit Eltern, Kindern, Schulen und Kitas behutsam und ohne Qualitätsverlust, im Dialog umgesetzt wird.

Zudem wollen wir Ideen entwickeln, wie der akute Mangel an Hortplätzen, kurzfristig und sinnvoll kompensiert werden kann, bis GABI vollends realisiert ist.

Einen weiteren Schwerpunkt legen wir auf die Förderung von Einrichtungen, die Familien bei der Bewältigung ihrer Erziehungsaufgaben unterstützen. Neben den Eimsbütteler Elternschulen spielen dabei u.a. das Kinder- und Familienzentrum in Schnelsen/Burgwedel und auch das Mehrgenerationenhaus Nachbarschatz (ehemals Mütterzentrum Eimsbüttel), eine große Rolle.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt weiterhin die Förderung der **sozialräumlich orientierten Arbeit**. Gerade für Kinder ist es wichtig, dass alle von ihnen besuchten Angebote gut und gefahrlos erreichbar





sind. Bei der Ausgestaltung von Quartieren muss den Interessen von Kindern und Jugendlichen besonders Rechnung getragen werden. Die aktive Beteiligung von Trägern, Jugendhilfeausschuss sowie Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Quartieren muss gewährleistet sein. Die verstärkte Einbeziehung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Stadtplanungsprozessen haben wir in den vergangenen Jahren erfolgreich angeschoben und umgesetzt. Diesen Ansatz werden wir weiterhin verfolgen.

Die **Offene Kinder- und Jugendarbeit** (OKJA) hat als eigenständiges Arbeitsfeld der Jugendhilfe für uns einen sehr hohen Stellenwert. Ihre Eigenständigkeit in allen Bereichen muss gesichert werden. Wir kritisieren die schon seit längerem zu beobachtende Zerstörung der bisherigen Infrastruktur der OKJA und fordern ihren Erhalt, weil wir in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin ein unverzichtbares Erfahrungs- und Lernfeld für Kinder und Jugendliche erkennen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG/SGB VIII) gibt Kindern und Jugendlichen das Recht auf einen von ihnen gestalteten Freiraum, der sich ganz ihren Interessen und ihrer Selbstbildung widmet. OKJA ist ein Lernfeld, das Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, die Chancen demokratischer Gestaltung zu erfahren.

Eine sich wechselseitig beschleunigende Konstellation aus umfassenden gesellschaftspolitischen Umbrüchen, anhaltender (jugend-)politischer Ratlosigkeit und vorgeblich alternativlosen Spar- und Kürzungszielen stellt auch die bisherige Funktion der Kinder- und Jugendarbeit in beispielloser Weise in Frage. Dieser Konstellation gilt es entgegenzuwirken.

Die GAL hat mit dem Konzept 9 macht klug – Neue Hamburger Schulen nicht nur den Aufbruch nach Pisa gewagt, sondern auch eines der modernsten und effektivsten Reformprojekte im schulischen Bildungsbereich auf den Weg gebracht. Die in früheren Jahren oft beschworene, aber nicht existente Chancengleichheit im deutschen Schulsystem, wäre hiermit Realität. Aber das Leben von Kindern und Jugendlichen spielt sich nicht nur in der Schule ab und wird auch nicht nur vom schulischen Bildungsbegriff bestimmt.

Der nach wie vor von der GAL angestrebte **Umbau des Hamburger Schulsystems** erfordert in vielen Bereichen einen hohen finanziellen Aufwand. Die GAL Eimsbüttel wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auch die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und die Angebote der Familienförderung von finanziellen Einschnitten in die kulturelle und soziale Infrastruktur der Stadt verschont bleiben.

Ausdrücklich sprechen wir uns gegen die vorgesehenen finanziellen Einschnitte in den Bereichen der kommunalen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie auf der Ebene der Landesförderung von Fachverbänden und Fortbildungsträgern aus. Der Austausch mit den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienförderung, aber auch mit „Fachträgern“ wie dem Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V., u.a. zu der Frage, wie zukünftig eine finanzielle Kontinuität der Arbeit sicherzustellen ist, ist für uns selbstverständlich.

Durch **verbindliche Qualitätsstandards** und durch die Ausstattung mit ausreichenden Ressourcen durch die Fachbehörde wollen wir die Eigenständigkeit der OKJA absichern. Grundsätzlich befürworten wir hierbei die Kooperationen zwischen Ganz-

tagsschule und Jugendhilfe. Aber die Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe beinhaltet neben vielen Chancen auch Risiken, gerade für den Bereich der OKJA. Der eigenständige Charakter der OKJA und die besonderen pädagogischen Chancen außerschulischer Bildung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. In Bezug auf die Chancen für die Jugendhilfe können diese sich aus unserer Sicht nur dann wirklich entfalten, wenn zum einen die Grundprinzipien der OKJA wie Freiwilligkeit, Parteilichkeit und Vertraulichkeit nicht in Frage gestellt werden und zum anderen einer Verlagerung einschlägiger Haushaltsmittel zu Lasten der Jugendhilfe erfolgreich entgegengewirkt wird. Denn nur dann lassen sich Chancen für die OKJA in Erfolge umsetzen.

Die Verpflichtung, Kooperationsangebote an Schulen zu machen bzw. Kooperationen mit Schulen einzugehen, darf nach unserem Verständnis in keinem Fall als Vorgabe in die Leistungsbeschreibungen einfließen. Die Anerkennung der besonderen Strukturen, Orientierungen und Arbeitsprinzipien der OKJA erscheint uns neben der Feststellung, dass die Kooperation auf gleicher Augenhöhe erfolgen muss und Jugendhilfe und Schule Partner sind, als besonders wichtig. Diese Kooperation kann nur auf Freiwilligkeit beider Partner beruhen und darf die finanzielle Grundausstattung der Partner nicht berühren.

Über die Verwendung von Restmitteln aus der Rahmenzuweisung ist es auf Initiative der GAL Eimsbüttel gelungen, die zweite Vollzeitstelle für den Jugendclub Hörgensweg bis 2012 abzusichern. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, diese Finanzierung über die Regelfinanzierung über das Jahr 2012 hinaus dauerhaft sicherzustellen.

Aber auch in Eidelstedt-Ost, im Bereich Astweg, in der Stelling Linse und im Bereich Oldenburger Straße sind zusätzliche Angebote durch bewährte Träger der Jugendhilfe notwendig. Grundsätzlich gilt es deswegen, die Infrastruktur von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur zu sichern, sondern vor allem auszubauen. Kleine Träger, die über wenige Eigenmittel verfügen, bedürfen einer besonderen finanziellen Absicherung. Sie, aber auch alle anderen Träger der Jugendhilfe benötigen für eine finanzielle Grundversorgung zusätzliche Mittel aus dem Landesetat.

Eine typische Form sozialer Integrationshilfe ist neben vielen anderen Bereichen die aufsuchende Jugendsozialarbeit (Straßensozialarbeit). Hier werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Straßensozialarbeit und die aufsuchende Jugendsozialarbeit in Eimsbüttel wieder überwiegend nicht in den Büros, sondern auf der Straße, in den Quartieren, in Einkaufszentren, Parkanlagen, Cafés und Kneipen stattfindet - dies auch in den Abendstunden und an Wochenenden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im öffentlichen Raum Aufenthalts- und Entfaltungsmöglichkeiten finden. Wir fordern daher, dass die Bezirke wieder ausreichend Mittel für die Pflege von Spielplätzen und Aufenthaltsorten für junge Leute erhalten.

Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Die Gründung eines bezirklichen Jugendparlaments mit eigenem Etat über den Jugendhilfeausschuss wird weiterhin von uns angestrebt. Die GAL Eimsbüttel setzt sich in besonderer Weise dafür ein, dass die Partizipationsmöglich-





keiten von Kindern- und Jugendlichen im Bezirk, aber auch in den Einrichtungen der OKJA erhöht werden. Eine von Jugendlichen selbst bestimmte und durchgeführte Sitzung des Jugendhilfeausschusses soll bis Ende 2013 stattfinden. Politische Gestaltungsprozesse sollen auf diesem Wege für Kinder- und Jugendliche direkt beobachtbar, nachvollziehbar und sogar beeinflussbar gemacht werden.

Die GAL Eimsbüttel sieht neben anderen Experten der Jugendhilfe in Eimsbüttel Armut und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen als sehr reales Problem an, auch wenn häufig der Eindruck entsteht, dass es zurzeit kein relevantes gesellschaftliches oder politisches Problem ist. Mit großer Sorge sehen wir die spezifischen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen, die in den Bereichen Schule und Bildung sichtbar werden, und wiederholt wird von Einrichtungen auf die Problematik hingewiesen, dass zunehmend Kinder auffallen, die nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden. Die GAL Eimsbüttel setzt sich dafür ein, das Thema „Armut und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in Eimsbüttel“ immer wieder in allen Ausschüssen, aber vor allem im Jugendhilfeausschuss zum Thema zu machen - mit dem Ziel, 2013 einen Bericht zur Kinder- und Jugendarmut in Eimsbüttel vorzulegen. Dieser Bericht kann und soll Handlungswege aus der Problematik aufzeigen.

Nach wie vor ist das Comingout für junge Lesben und Schwule sehr schwierig. In den Jugendeinrichtungen und an den Schulen, auch den weiterführenden Schulen soll es daher AnsprechpartnerInnen für sie geben. Wir wollen den Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung sicher-

stellen. Die GAL Eimsbüttel wird darüber hinaus prüfen, ob die Einrichtung von lesbischen und schwulen Wohngruppen zu realisieren ist.

9. Gesundheit und Soziales

Eine aktive Gesundheitspolitik und eine engagierte Sozialpolitik in Eimsbüttel sind für uns Grüne unverzichtbar. Wir wollen uns deswegen für folgende Schwerpunktthemen stark machen:

Gesundheitliche Situation älterer Menschen

Immer mehr ältere Menschen im Stadtteil sind unterversorgt. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode die vielfältigen Möglichkeiten im Bezirk fördern und ausbauen, sich über Aktivitäten und Pflege beraten zu lassen. Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass

- ▶ die ständige Gesundheitsvorsorge bei SeniorInnen gewährleistet ist,
- ▶ es eine Anlaufstelle im Bezirk zur Versorgung in Notfällen gibt,
- ▶ bezirkliche Aktivitäten zur Bewegung von SeniorInnen gefördert werden. Damit die finanzielle Situation hierfür kein Hinderungsgrund ist, setzen wir uns u.a. für die Ausgabe von SeniorInnen-Gutscheinen für sportliche Aktivitäten ein.

Außerdem werden wir weiterhin Wohnprojekte wie z.B. SeniorInnen-WGs unterstützen sowie Wohnmodelle, in denen Jung und Alt gemeinsam leben. Darüber hinaus

setzen wir uns ein für Maßnahmen gegen Vereinsamung, z.B. durch kulturelle Angebote im Bezirk.

Wohnortnahe hausärztliche Versorgung

Es ist wichtig, eine(n) HausärztIn und notwendige FachärztInnen in der Nähe zu haben. Daher unterstützen wir kultursensible Versorgungsnetzwerke, in denen über aktuelle Anlaufstellen informiert wird.

Früherkennung und Prävention im Kleinkindalter

In der Vergangenheit wurden wir immer wieder erschüttert von Berichten über Verwahrlosung bei Kindern und Kleinkindern. Um sicherzustellen, dass es soweit gar nicht kommt, fordern wir:

- ▶ Eine Säuglingsambulanz in Eimsbüttel.
- ▶ Verbesserte Kontrollen der Wahrnehmung der frühkindlichen Untersuchungen.
- ▶ Eine spezielle Schulung des Personals an Kitas und Schulen im Hinblick auf Ernährung und psychische Gesundheit.
- ▶ Frühstück in Kitas.





Situation in den Krankenhäusern

Durch Unterbesetzung, Sparmaßnahmen und Privatisierungen entstehen in einigen Krankenhäusern Versorgungsengpässe. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass in den Krankenhäusern regelmäßig geprüft wird, ob die medizinische Versorgung ausreichend gewährleistet ist und ob es einen ständigen Austausch zwischen Gesundheitsbehörde und Politik gibt.

Prävention durch gesunde Ernährung und Sport

Wir vertreten die Auffassung, dass gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung unerlässlich für die Gesundheit sind. Sportvereine leisten hier einen bedeutenden Beitrag. Daher setzen wir uns ein für den Erhalt und die Erneuerung von Sportstätten, für ausreichend Sportangebote sowie für Anlaufstellen bei Fragen zu gesunder Ernährung und Kochkursen.

Prävention durch Hilfen gegen Burnout

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden krank durch ständige Überforderung im Beruf. Längst gibt es hierfür vielfältige private Beratungs- und Behandlungsangebote. Aber das können sich nicht alle leisten. Wir denken, dass dieses Problem so drängend ist, dass es bezirkliche Anlaufstellen für Hilfesuchende geben muss.

Sucht

Durch eine Intensivierung der Arbeit des bezirklichen Suchtbeirats möchten wir die bestehenden Angebote stärken und notwendige neue initiieren.

Obdachlosigkeit

Es gibt immer mehr Menschen, auch in Eimsbüttel, die obdachlos sind. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Um den Menschen wieder ein Zuhause und Hilfen zu geben, setzen wir uns ein für

- ▶ mehr Wohnraum-Angebote für sozial Schwache,
- ▶ mehr Aufenthaltsstätten mit Waschgelegenheiten,
- ▶ den Ausbau der ärztlichen Versorgung für Obdachlose,
- ▶ den Ausbau der Rechtsberatung für Obdachlose,
- ▶ den Ausbau von Sozialberatungen sowie Personal für soziale Betreuung.

Verhinderung von Armut

Viele Menschen wissen gar nicht, welche Ansprüche sie auch in Notsituationen bzw. als Bezieher von ALG II haben. Deshalb wollen wir den Ausbau von Beratungsstel-

len vorantreiben, damit auch Menschen mit geringem Einkommen in Würde leben können.

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Immer mehr Bürohäuser stehen leer, und immer mehr Wohnungen werden rechtswidrig als Büroräume vermietet. Es fehlt dringend benötigter Wohnraum, der auch für Menschen mit geringem Einkommen und für Singles bezahlbar ist. Wir wollen dafür kämpfen, dass in Eimsbüttel mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden.

Ausbau/Schaffung von Stellen in der aufsuchenden Sozialarbeit im Bezirk

Viele Menschen können oder wollen von sich aus keine Beratungsstellen oder psychotherapeutischen Einrichtungen aufsuchen, obwohl sie dringend Hilfe benötigen. Hier bietet die aufsuchende Sozialarbeit und psychosoziale Beratung und Therapie in Familien und bei älteren Menschen eine geeignete Möglichkeit, insbesondere in Notfällen schnelle und wirksame Hilfe zu leisten. Dass diese Angebote geschaffen werden, ist uns ein großes Anliegen.



10. MigrantInnen in Eimsbüttel - Integration und Vielfalt



In Eimsbüttel leben und arbeiten viele Menschen mit einer Einwanderungsbiographie. Sie werden mit ihren Nöten und Sorgen oft nicht genügend wahrgenommen. Ziel der GAL ist es, auch diesem Teil der Bevölkerung volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Wichtig ist hierbei die Einsicht, dass Integration ein zweiseitiger Prozess sein muss. Bisher aber betrachtet man Integration in Deutschland gewöhnlich als einseitige Leistung: Der/die so genannte AusländerIn soll sich integrieren. Aber auch die Aufnahmegesellschaft muss sich bemühen, ihre bisher nicht integrierten Bevölkerungsteile einzugliedern. Integration darf nicht nur ein abstrakter Begriff bleiben, auch kein Problem der Einstellung der MigrantInnen, sondern sie muss mit konkreten politischen Schritten und Maßnahmen gefördert werden: In der Bildungs- und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Gesundheitsförderung sowie in der Antidiskriminierungspolitik.

Von der GAL maßgeblich vorangetrieben, nehmen sich verschiedene Ausschüsse in der Bezirksversammlung Eimsbüttel regelmäßig dieser Themen an. Die GAL setzt sich dabei ein für:

► Förderung von Sprachkursen: Alle sind sich einig, dass der wichtigste Schlüssel zur Integration die deutsche Sprache ist. Trotzdem stellt die Bundesregierung seit 2009 nicht genügend Mittel für Sprach- und Integrationskurse zur Verfügung

► Psychosoziale Beratung und Versorgung: Die Regelbetreuung legt Verhaltensmuster und Standards der westlichen, industrialisierten Länder zugrunde, was im schlimmsten Fall zu Fehldiagnosen und falscher Behandlung führen kann. Die Arbeit der 2004 vom Senat geschlossenen Beratungsstelle muss wieder aufgenommen und eine Regelfinanzierung gewährleistet werden. Im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung müssen kulturspezifische Behandlungsmöglichkeiten als Regelleistung anerkannt und gefördert werden.

► Kommunales Wahlrecht: Die GAL fordert Beteiligung und Mitsprache durch ein Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen, die hier ihren festen Wohnsitz haben. Ein weiteres Ziel ist eine höhere Beteiligung von Zuwanderern in Stadtteilbeiräten und anderen Gremien.

Integration durch Sport

Der Sport bietet ein enormes Integrationspotenzial, da er einen besonders hohen Aufforderungscharakter hat und die Eingliederung in die örtliche Gemeinschaft unterstützt. Deshalb bedarf es der Förderung und Vernetzung verschiedener Initiativen vor Ort, um eine gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund zu gestalten und zu erreichen. Durch Sport

werden Vorurteile beseitigt und Sprachbarrieren überwunden. Die Sportpolitik der GAL zielt darauf ab, in allen Altersstufen Integrationshindernisse festzustellen und zu überwinden, den Kontakt zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zu fördern und die Entwicklung von sozialen Kompetenzen und Lebensperspektiven zu unterstützen. Die Kooperation mit Partnern außerhalb des organisierten Sports und die Mitarbeit in Netzwerken sind für eine erfolgreiche Integrationsarbeit unerlässlich.

Hilfe für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund

Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund sind zum Teil besonderen Stressfaktoren wie Erlebnissen von Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Erlebnisse sexueller Diskriminierung werden belastender eingeschätzt als Diskriminierung wegen der Herkunft.

Unter den Zuwanderern befinden sich anteilmäßig mehr Personen ohne Coming-out als in der Gruppe ohne Migrationshintergrund. Wir wollen nicht zulassen, dass Menschen sogar doppelt diskriminiert werden und setzen uns ein für Aufklärungsarbeit in bestehenden Gruppen und Gemeinden zu Themen wie Frauen- und Menschenrechte, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.

Als Leitbild für die Arbeit mit und für MigrantInnen dient uns die 2009 von der GAL-geführten Justizbehörde geschaffene Arbeitsstelle Vielfalt, die sich den Abbau von strukturellen Diskriminierungen zum Ziel gesetzt hat.



11. Wirtschaft in Eimsbüttel



Die Eimsbütteler Wirtschaft ist ein vielfältiger Mix aus Großunternehmen sowie eher mittelständisch geprägten Gewerbe- und Handwerksbetrieben sowie Freiberuflern. Hinzu kommen zahlreiche inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte, Restaurants und Bars.

Es gilt, die hier ansässigen Betriebe in ihrem Bestand zu sichern und ihnen darüber hinaus ein solides, **umwelt- und umfeldverträgliches Wachstum** zu ermöglichen. In dicht besiedelten Gebieten besteht eine Herausforderung darin, die Interessen der Wirtschaft mit den Interessen der Bewohner des Bezirks in Einklang zu bringen. Der GAL ist in diesem Kontext die konstruktive Zusammenarbeit mit den Betrieben vor Ort, die Verbesserung ihrer Standortbedingungen und die Berücksichtigung ihrer Interessen bei der öffentlichen Planung wichtig. Ein Weg, dies zu erreichen, sind die Eimsbütteler Wirtschaftskonferenzen, die dem Erfahrungsaustausch, der Netzwerkbildung und der Anregung für gemeinsame Projekte dienen und die die GAL weiterhin unterstützt.

Im Einzelhandel gilt unser Bemühen **dem Schutz der kleinen und mittelständischen Betriebe**. Zur Sicherung der Nahversorgung und des Branchenmix wollen wir ein Frühwarnsystem einrichten, um rechtzeitig auf drohende Schließungen und Abwanderungen reagieren zu können. Eimsbüttel hat auch Potenzial für kreati-

ve Dienstleistungsbetriebe. Hier wollen wir auch neue Firmen motivieren, sich in Eimsbüttel anzusiedeln. Wir werden uns daher für den **Erhalt der Eimsbütteler Wirtschaftsförderung** einsetzen.

Wir wollen die **Attraktivität der Stadtteilzentren** Osterstraße, Hoheluftchaussee, Tibarg, Frohmestraße, Siemersplatz/Grelckstraße und Eidelstedter Platz steigern. Darin sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des lokalen Einzelhandels und der dort ansässigen Betriebe. Indem wir Planrecht schaffen, versuchen wir, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die bezirklichen Zentren und Nebenzentren zu schützen und weiterzuentwickeln. Wir unterstützen vorhandene und neue Initiativen, die die Zusammenarbeit sowie gemeinsame Aktivitäten der Gewerbetreibenden in den einzelnen Zentren fördern. Der Einrichtung so genannter **Business Improvement Districts (BIDs)** – etwa in der Osterstraße – stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Wichtig ist uns eine breite Basis. An der Ausgestaltung solcher BIDs wollen wir deshalb die Gewerbetreibenden, Verwaltung und AnwohnerInnen beteiligt sehen. Unser Ziel ist es, die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner mit denen der Gewerbetreibenden zu vereinbaren, damit spätere Planungen von breiten Mehrheiten getragen sind.

12. Kultur und Medien

Neben dem Hafen ist die Kreativwirtschaft einer der größten und wichtigsten Arbeits- und Wirtschaftszweige in Hamburg. Um hier auch in der Konkurrenz mit anderen Metropolen bestehen zu können, wollen wir die Förderung von Kultur und Medien als wichtiges Ziel in unserer Politik verankern. Eine lebhafte Kulturszene muss von unten wachsen. Stadtteil- und Jugendkultur sind wichtige Standortfaktoren, aber auch Basis für Stadtteilentwicklung und ein gutes nachbarschaftliches Miteinander.

Im Bezirk Eimsbüttel leben Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Vorstellungen und Wurzeln, die sich in Bürgerhäusern, Bücherhallen oder auf Stadtteilstesten begegnen. Das wollen wir fördern und ausbauen. Wir stehen für den Erhalt und Ausbau der Geschichtswerkstätten und Bürgerhäuser. Wir unterstützen kleine **Stadtteilinitiativen und Off-Kultur**. Wir wollen eine lebendige Kulturszene mit den traditionellen Kultureinrichtungen wie Völkerkundemuseum und Kammerspielen, mit Off-Kultur wie dem Musikclub „Logo“ und dem MUT-Theater, mit Bildungsangeboten in den Bücherhallen oder der Jugendmusikschule. Darüber hinaus wollen wir die Kinokultur in Eimsbüttel fördern und ausbauen.

Wir sprechen uns entschieden gegen die Praxis aus, mit Ein-Euro-Jobs Stellen zu ersetzen, die durch Streichungen im Kultur-

haushalt weggefallen sind. Kultur macht Arbeit und fordert gut ausgebildete Fachkräfte, die wir uns leisten wollen und müssen.

Wir unterstützen Kulturangebote in Eimsbüttel, die Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft Kultur zugänglich machen.

Kreativwirtschaft

Eimsbüttel soll sich zum attraktiven Standort für Medien- und Kulturschaffende entwickeln. Wir fördern die Ansiedlung von Start-ups. Wir setzen uns dafür ein, dass attraktive Gewerberäume entstehen und dass sich neue Formen der Arbeitswelten in Eimsbüttel etablieren, wie zum Beispiel Co-Working-Spaces - Gemeinschaftsbüros, in denen stunden- bzw. tageweise Arbeitsplätze gemietet werden können. Bereits in der letzten Legislatur haben wir im Ausschuss für Schule, Kultur, Integration und Sport sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Gewerbe den Kontakt zur Kreativagentur gesucht. Das wollen wir in den kommenden Jahren ausbauen. Dabei wollen wir uns dafür einsetzen, dass beim Ausbau der Universität auch **Platz für Kreativinitiativen und Stadtteilkultur** entsteht. Wir begrüßen dabei insbesondere die Ansiedlung von Musikclubs.





Stadtteilkultur

Ca. 60.000 Euro stehen dem Bezirk für die Förderung der Stadtteilkultur zur Verfügung. Wir haben uns in der vergangenen Legislatur dafür eingesetzt, dass diese weiterhin breit gefächert an Initiativen verteilt werden. Wir wollen das Vergabeverfahren öffentlich bekannter machen und so mehr Initiativen und KünstlerInnen motivieren, sich um diese Mittel zu bewerben.

Menschen mit Migrationshintergrund gehören zu unserm Kulturleben. Mit den Stadtteilkulturmitteln wollen wir auch ihre Aktivitäten unterstützen. Im Vordergrund muss dabei aber ein Austausch der Kulturen stehen. Ob plattdeutsche Nachmittage, Klezmerkonzerte oder türkische Volkstanzgruppe: Eimsbüttel ist vielfältig und das unterstützen wir.

Projekte, die die Kinder- und Jugendkultur fördern, werden von uns vorrangig bedacht. Bereits bestehende Projekte in Bürgerhäusern oder Bücherhallen sollen ausgebaut werden. Kooperationen mit profilierten Kultureinrichtungen oder der Musikhochschule wollen wir unterstützen. Kooperationen mit Schulen sollen gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass kulturpädagogische Projekte der großen etablierten Häuser auch in Eimsbüttel durchgeführt und sichtbar werden.

Die GAL will in der kommenden Legislatur ein **Kultur-Stipendium** in Eimsbüttel einführen; gerne wollen wir die Position eines **Stadtschreibers** etablieren.

Musik

Musik überwindet Grenzen sozialer und kultureller Art. Musik ist eine globale Spra-

che, durch die sich alle Menschen verstehen können. Die GAL unterstützt Projekte, die Kinder und Jugendliche an Musik heranzuführen. Wir wollen **Angebote für Jugendliche** ausbauen und fördern. Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ muss ausgebaut werden, insbesondere in Schulen mit Kindern aus einkommensschwachen Familien. Jedes Kind in Eimsbüttel muss ein Instrument zur Verfügung gestellt bekommen und den dazugehörigen Unterricht erhalten. Wir unterstützen Plattformen für junge Musiker. Die GAL setzt sich für die Ansiedlung von Musikclubs ein und will bereits bestehende Standorte, wie das „Logo“, erhalten. Das Angebot der Jugendmusikschule muss ausgebaut und auch Kindern aus einkommensschwachen Familien zugänglich gemacht werden.

Bücherhallen

Die GAL setzt sich für einen Erhalt der bestehenden Bücherhallen-Standorte in Eimsbüttel ein. Darüber hinaus wollen wir als Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit den Bücherhallen ein Konzept entwickeln, um den Service rund um die Ausleihe über die bisherigen Öffnungszeiten der Bücherhallen hinaus zu erweitern. Wir verstehen die Bücherhallen als Treffpunkte und Orte kultureller Bildung. Das wollen wir stärken und ausbauen. Dabei stehen für uns die Angebote für Kinder und Jugendliche im Fokus.

Medien und eGovernment

Die Medienlandschaft in Eimsbüttel ist breit gefächert. Eimsbüttel ist ein wichtiger Medienstandort für ganz Hamburg. Mit dem

NDR ist hier eine der größten Sendeanstalten in Deutschland ansässig, aber auch private Anbieter wie zum Beispiel Hamburg 1 oder das Freie Sender Kombinat senden von Eimsbüttel aus. Im Bezirk befinden sich wichtige Ausbildungsstätten für Medienschaffende. Dennoch sind in den vergangenen Jahren gerade im Printbereich viele Redaktionen aus Eimsbüttel abgezogen worden, haben sich in anderen Bezirken angesiedelt oder Hamburg ganz verlassen. Diese Entwicklung wollen wir stoppen und für die Medienwirtschaft ein **attraktiver Standort** bleiben.

Das Internet wird als Instrument für die Kommunikation von Verwaltung und Politik immer wichtiger. Wir wollen mit der Website des Bezirksamts Eimsbüttel hamburgweit vorangehen und setzen uns für einen modernen Internetauftritt des Bezirks ein. Die GAL will, dass der Bezirk Vorreiter in der so genannten eGovernment wird. Eines unserer Ziele ist es, Daten, die von der Verwaltung erfasst worden sind (etwa das Baumkataster oder die Vergabe von Stadtteilkulturmitteln), automatisch online zu stellen. Außerdem sollen diese Informationen den BürgerInnen als Apps zur Verfügung gestellt werden. Dabei wollen wir uns an der Kommunikation der englischen Behörden orientieren (<http://data.gov.uk/data>) und uns diesem Niveau annähern.

Wir wollen, dass **OpenPlenum** ausgebaut und kommuniziert wird. Bei Beteiligungsverfahren müssen die BürgerInnen in der Lage sein, ihre Fragen und Anliegen über Internetforen zu kommunizieren. Die GAL will erreichen, dass das Internet bei Planungsverfahren als Kommunikationsinstrument genutzt wird, bei dem auch die BürgerInnen zu Wort kommen können.

In Eimsbüttel leben Menschen unterschied-

licher Herkunft. Als Standort der Universität und vieler Konsulate wohnen und arbeiten hier auch viele Menschen nur für einen begrenzten Zeitraum. Um die Angebote unseres Bezirks an alle Menschen verständlich zu kommunizieren, sollen wichtige Teile der Internetseite noch in dieser Legislatur ins Englische übersetzt werden, darüber hinaus in die Sprachen der dauerhaft hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund.



Unsere KandidatInnen für Deinen Bezirk



Unsere KandidatInnen für Deinen Bezirk

Nach dem neuen Wahlgesetz können Sie Ihre fünf Stimmen für die Wahlkreislisten zu Bürgerschaft und Bezirksversammlung beliebig auf KandidatInnen Ihrer Wahl verteilen. So können Sie z.B. alle Stimmen nur einem Kandidaten/einer Kandidatin geben.

Sie können Ihre Stimmen aber auch aufteilen.

Auf der Landesliste zur Bürgerschaftswahl und der Bezirksliste für die Wahlen zur Bezirksversammlung können Sie Ihre Stimmen auch der gesamten Liste geben.

AUF DER BEZIRKSLISTE KANDIDIEREN:

- 1 Roland Seidlitz
- 2 Stefanie Könnecke
- 3 Gabi Küll
- 4 Andreas Reichel
- 5 Gülnur Can
- 6 Fabian Klabunde
- 7 Anna Gallina
- 8 Thorsten Büchner
- 9 Andrea Wist
- 10 Marcel Kreykenbohm
- 11 Marion Klabunde
- 12 Andreas Liebschner
- 13 Simone Hentze-Orlikowski
- 14 Dietmar Kuhlmann
- 15 Silke Bluhm
- 16 Victor Kommerell

- 17 Prof. Dr. Marlis Dürkop-Leptihn
- 18 Detlef Kröger
- 19 Karin Pueschel
- 20 Christof Hertel
- 21 Dr. Mechthild Modersohn
- 22 Volker von Garrel
- 23 Babette Balzereit
- 24 Martin Burmester
- 25 Christine Velmede
- 26 Edgar Mebus
- 27 Aksel Wundrach
- 28 Rita Wolf
- 29 Dominik Lorenzen
- 30 Florian Zabransky
- 31 Christoph Zielinski
- 32 Roland Schaeffer
- 33 Volker Bulla
- 34 Henrik Paulsen

**FÜR DIE BEZIRKSVERSAMMLUNG
KANDIDIEREN IM WAHLKREIS 05**

(Rotherbaum – Harvestehude – Eimsbüttel-Ost):

- 1 Gabi Küll
- 2 Thorsten Büchner
- 3 Andrea Wist
- 4 Detlef Kröger
- 5 Karin Pueschel
- 6 Marcel Kreykenbohm
- 7 Prof. Dr. Marlis Dürkop-Leptihn
- 8 Victor Kommerell
- 9 Dr. Mechthild Modersohn
- 10 Florian Zabransky
- 11 Babette Balzereit
- 12 Christoph Zielinski
- 13 Roland Schaeffer
- 14 Aksel Wundrach

**FÜR DIE BEZIRKSVERSAMMLUNG
KANDIDIEREN IM WAHLKREIS 07**

(Lokstedt – Niendorf – Schnelsen):

- 1 Simone Hentze-Orlikowski
- 2 Dietmar Kuhlmann
- 3 Marion Klabunde
- 4 Andreas Liebschner
- 5 Rita Wolf
- 6 Andreas Reichel
- 7 Christof Hertel
- 8 Martin Burmester
- 9 Cengiz Orhan
- 10 Volker Bulla
- 11 Hans-Jürgen Schirmer

**FÜR DIE BEZIRKSVERSAMMLUNG
KANDIDIEREN IM WAHLKREIS 06**

(Eidelstedt – Stellingen – Eimsbüttel-West):

- 1 Stefanie Könnecke
- 2 Roland Seidlitz
- 3 Gülnur Can
- 4 Fabian Klabunde
- 5 Anna Gallina
- 6 Dominik Lorenzen
- 7 Silke Bluhm
- 8 Volker von Garrel
- 9 Christine Velmede
- 10 Thomas Baehr
- 11 Ulrike Eggers
- 12 Klaus Hofmann

Ausführliche Informationen über unsere
KandidatInnen und Termine finden Sie auf
unserer Website:

www.gal-eimsbuettel.de

Neues Wahlrecht



Neues Wahlrecht

Im Vergleich zur Wahl 2008 hat sich das Wahlrecht in Hamburg nochmals verändert. Alle 121 Bürgerschaftsabgeordneten und 51 Mitglieder je Bezirksversammlung können nun direkt von den Wahlberechtigten selbst auf den Wahllisten gewählt werden. Wie das funktioniert, erklären wir Ihnen hier in aller Kürze:

Sie haben insgesamt vier Stimmzettel, auf denen Sie je fünf Kreuze machen können – insgesamt können Sie also 20 Kreuze setzen, d.h. 20 Stimmen abgeben.

Zwei der vier Stimmzettel sind für die Bürgerschaftswahl. Dabei ist der gelbe Zettel der Landeslistenzettel. Er ist für das Gesamtergebnis einer Partei der entscheidende Stimmzettel, weil die Landeslistenstimmen über die Zusammensetzung der Bürgerschaft entscheiden. Wenn Sie die Grünen stärken wollen, müssen Sie mit diesen Stimmen die GAL wählen. Dabei hat man zwei Möglichkeiten:

- 1. Sie wählen die Gesamtliste einer Partei und bestätigen damit die Kandidatenauswahl der Partei.*
- 2. Sie wählen selbst die Kandidatinnen und Kandidaten aus, die Sie bevorzugen.*

Grundsätzlich sind Sie bei Ihrer Stimmenvergabe immer frei: Sie können die Stimmen nach Ihrer Entscheidung zwischen Partei-

en und Kandidaten häufeln und verteilen. Wichtig ist aber: Vergeben Sie mehr als fünf Stimmen pro Wahlzettel, ist Ihr Wahlzettel ungültig. Das gleiche gilt für den roten Stimmzettel: Hier können Sie mit fünf Stimmen Kandidaten Ihres Vertrauens in Ihrem Wahlkreis wählen.

Parallel zur Bürgerschaftswahl finden auch die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt. Das Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen funktioniert so ähnlich wie das zur Bürgerschaft. Es gibt wieder zwei Stimmzettel, einen für den Wahlkreis, einen für den gesamten Bezirk mit jeweils fünf Stimmen. Der grüne Stimmzettel mit der Bezirksliste bestimmt über die Zusammensetzung der Bezirksversammlungen. Wenn Sie die Grünen im Bezirk stärken wollen, müssen Sie mit diesen Stimmen die GAL wählen. Auch im Bezirk können Sie zwischen Listenstimmen, mit denen Sie die Liste einer Partei bestätigen, und Personenstimmen, mit denen Sie Personen direkt wählen, entscheiden.

Über den blauen Stimmzettel wählen Sie die Wahlkreiskandidaten im Bezirk. Hier haben Sie ebenfalls fünf Stimmen, die Sie auf Kandidaten Ihres Vertrauens verteilen können.

Das klingt jetzt vielleicht alles etwas kompliziert, doch eigentlich ist es recht einfach: Am Ende sollten Sie auf jedem Stimmzettel fünf Kreuze gemacht haben – am besten bei Grün!

Geben Sie uns vier mal fünf!

FÜR HAMBURG
DEINE STADT

